

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische  
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09.12.2014**

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:32 Uhr bis 18:26 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 16:41 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	bis 19:00 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Herrn Aldag bis 19:10 Uhr
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

**Entschuldigt fehlen:**

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Dr. Meerheim, Ausschussvorsitzender**, eröffnete die Einwohnerfragestunde. Da kein Einwohner anwesend war, um Fragen zu stellen, beendete **Herr Dr. Meerheim** die Fragestunde.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Meerheim**.

**Herr Dr. Meerheim** stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, regte an die Tagesordnungspunkte

- 5.1 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung  
Vorlage: V/2013/12291
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und  
Prioritätensetzung (V/2013/12291)  
Vorlage: V/2014/12767
- 5.1.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238
- 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238
- 8.1 Mitteilung zum Konzept gemäß Beschluss V/2013/12272 (zu TOP 5.1)  
Vorlage: VI/2014/00479

zusammen zu beraten, da sie das gleiche Thema behandeln.

**Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes

- 5.7 Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von  
Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)  
Vorlage: VI/2014/00295

Die Verwaltungskostensatzung sei noch nicht im Session sichtbar gewesen, somit könne man am heutigen Tag nicht darüber abschließend beraten.

**Herr Dr. Meerheim, Ausschussvorsitzender**, bat um Abstimmung zur Vertagung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

Des Weiteren bat er um Abstimmung, der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:**                    **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigungen der Niederschriften vom 21.10.2014 und 18.11.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.10.2014 und 18.11.2014
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung  
Vorlage: V/2013/12291
    - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und  
Prioritätensetzung (V/2013/12291)  
Vorlage: V/2014/12767
    - 5.1.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238
  - 5.2 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: VI/2014/00079
  - 5.3 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2014/00297
  - 5.4 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2014/00321
  - 5.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen für das Haushaltsjahr  
2014 im Geschäftsbereich IV  
Vorlage: VI/2014/00377
  - 5.6 Genehmigung außerplanmäßiger Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014 für  
Baumaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: VI/2014/00317
  - 5.7 *Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von  
Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)*  
Vorlage: VI/2014/00295

vertagt

- 5.8 Ergänzung des Baubeschlusses: Baubeschluss zum Ausbau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges zwischen Halle-Osendorf und Stadtgrenze in Richtung Döllnitz einschließlich Brücke über die Reide Beschluss Nr. V/2012/11318 vom 17.01.2013 (Grundsatzbeschlusses IV/2009/07873 vom 09.04.2009)  
Vorlage: VI/2014/00249
- 5.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme Ratswerder zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014  
Vorlage: VI/2014/00115
- 5.10 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für den Erwerb eines Grundstückes durch die Stadt Halle (Saale) für die Nutzung als Berufsschulgebäude  
Vorlage: VI/2014/00275
- 5.11 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)  
  
2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.  
Vorlage: V/2014/12788
- 5.12 Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten  
Vorlage: VI/2014/00309
- 5.13 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2013  
Vorlage: VI/2014/00051
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238
- 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse  
Vorlage: V/2014/12753
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Mitteilung zum Konzept gemäß Beschluss V/2013/12272 (zu TOP 5.1)  
Vorlage: VI/2014/00479
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3 **Genehmigungen der Niederschriften vom 21.10.2014 und 18.11.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschriften vom 21.10.2014 und 18.11.2014.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.10.2014 und 18.11.2014**

---

**Herr Dr. Meerheim, Ausschussvorsitzender**, informierte über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 18.11.2014 gefassten Beschluss:

#### zu 3.3 **Grundstückstausch** **Vorlage: VI/2014/00062**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Tausch des kommunalen Grundstückes Betty-Heimann-Straße (Gemarkung Kröllwitz, Flur 23, Flurstück 74, mit einer Teilfläche von ca. 11.397 m<sup>2</sup>) mit dem Grundstück Blücherstraße 6 (Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 4, Flurstück 31/3 mit 2.169 m<sup>2</sup>) des Landes Sachsen-Anhalt zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

***Auf Antrag von Herrn Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wurde für die gesamte Sitzung ein Wortprotokoll erstellt.***

**Tonaufnahme funktioniert erst zum Ende des Tagesordnungspunktes 4.**

#### **Herr Dr. Meerheim**

So viel zu der Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 5, den Beschlussvorlagen.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

---

#### **Herr Dr. Meerheim**

Und hier den Fünfeinser. Hier geht es um die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung des Stadtmarketing GmbH und dazu ist zu behandeln der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM. Der neue Antrag 5.1.2 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die Informationsvorlage 8.1 Mitteilung zum Konzept gemäß Beschluss von und so weiter, April 2014. Die werden wir zusammen diskutieren und es kann losgehen.

**zu 5.1 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und  
Prioritätensetzung  
Vorlage: V/2013/12291**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische  
Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)  
Vorlage: V/2014/12767**

---

**zu 5.1.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat  
Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238**

---

**zu 8.1 Mitteilung zum Konzept gemäß Beschluss V/2013/12272 (zu TOP 5.1)  
Vorlage: VI/2014/00479**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Wer möchte als Erster? Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Wenn ich, würde mich freuen, wenn die Verwaltung in der Lage ist, oder im Sinne einer Delegation auch gerne aus dem Stadtmarketing heraus. Ich hätte mich dann an Herrn Voß *unverständlich* genau gesehen, dass wir ja, ich sag's mal zwar in der noch nicht in der Beschlussfassung waren jetzt zum Haushalt 2015, aber wir doch klar in der Abschlussberatung hier im Finanzausschuss das Signal gegeben haben, dass wir hier sehr breitflächig diese Reduzierung des Haushalts nicht mit tragen vom Stadtmarketing, ob es da sag ich mal jetzt Veränderungen gibt, ob man das jetzt hier diskutieren kann oder sollte, das würde ich gerne wissen als erstes und dann würde ich gerne noch ein paar Worte zu unserem Änderungsantrag sagen.

**Herr Dr. Meerheim**

Wer wird dazu reden?

**Frau Ernst**

Kann ich machen, aber die Gesellschafter der Stadtmarketing GmbH haben sich heute zu einer Sitzung getroffen und da ist beschlossen worden, dass der Wirtschaftsplan zu bearbeiten ist. Der Auftrag ist an den Geschäftsführer ergangen und dafür ist eine Frist, müsste ich noch mal nachgucken, von sechs Wochen beschlossen worden. Insofern wird auf das, auf dem überarbeiteten Plan dann gewartet *unverständlich*

**Herr Dr. Meerheim**

Bitte Herr Wolter.

**Herr Krause**

Das ist das Ziel der Überarbeitung.

**Herr Wolter**

Diese kleine Nachfrage hätte ich auch gerne, also in welche Richtung die Überarbeitung geht.

**Frau Ernst**

Ziel ist, das im Prinzip der Wirtschaftsplan die Schwerpunktsetzung innerhalb der Gesellschaft abbildet. Das ist im Moment für die Gesellschafter so nicht erkennbar und es gab die Absprache, dass das dahingehend überarbeitet wird, sodass man genau sehen kann, welche einzelnen Positionen zu welchem Schwerpunktthema zugeordnet werden können. Also um quasi da den Gesellschaftern auch Steuerungs- und Kontrollinstrumente an die Hand zu geben.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Krause hatte sich gemeldet.

**Herr Krause**

Ist hier sozusagen die Kürzung der 200.000 Euro besprochen worden? Hat es dazu Diskussionen gegeben? Wir haben ja im Stadtrat einen anders lautenden Beschluss *unverständlich* Beschluss im Rahmen der Haushaltsdiskussion gefasst, als ursprünglich eingebracht wurde. Das hat erst eine Rolle gespielt in der Diskussion zum Wirtschaftsplan.

**Frau Ernst**

Für den Beschluss, den Wirtschaftsplan zu überarbeiten, nicht. Aber ich würde jetzt auch sozusagen im öffentlichen Teil dann nicht aus der Gesellschafterversammlung dann den Diskussionsverlauf weitergeben wollen. Das könnten wir dann aber verschriftlichen.

**Herr Dr. Meerheim**

Frau Dr. Brock.

**Frau Dr. Brock**

Ja, das ist natürlich jetzt auch ein bisschen schwierig, weil wenn wir eine ziemliche einteilige Meinung haben, sowohl als im Wirtschaftsförderungs- und dann noch aus dem Finanzausschuss, dass die 200.000 Euro nicht gekürzt werden, ist eigentlich ich sag mal die Frage, welche Aufgaben rausgenommen werden aus dem Stadtmarketing obsolet. Weil das ja letzten Endes den Wirtschaftsplan so geben kann, wie er ursprünglich erarbeitet worden ist, nämlich auf Grund des Ansatzes der da gewesen ist. Insofern frage ich mich, warum es da jetzt noch eine Anpassung geben muss. Und dann vielleicht noch zwei Sätze zu unserem Antrag. Der hat ja auch eine lange Geschichte, der war ja schon mal vor anderthalb Jahren oder so gestellt und dann wurde uns gesagt, dass da jetzt erst mal auf Grund des zu verabschiedenden Kodex nach hinten gestellt wird, weil wir ja dann ne andere Möglichkeit der Mitbestimmung auch haben. Jetzt, seitdem der Kodex sozusagen vorliegt, ist uns das noch nicht in der Form ausreichend, was da an politischen Einflussmöglichkeiten im Vorfeld der strategischen Steuerung passieren. Es gibt ja nur noch die Möglichkeit, dass irgendwie da im Nachhinein im Finanzausschuss einzufragen. Es geht eigentlich uns darum, dass den Fachbeirat Politik, den ja viele von denen hier im Raum sind, auch selber schon mit ihrer Anwesenheit beglückt haben, dass wir den auf institutionelle Füße stellen und damit letzten Endes der Geschäftsführung und im Vorfeld auch der Gesellschafterversammlung die Haltung oder zumindestens die Inspiration aus Teilen des politischen Spektrums mit auf den Weg geben, um eben nicht dann im Nachhinein die *unverständlich* jedenfalls Dinge wieder einfangen zu müssen. Also das ist der Anlass unseres Änderungs oder unseres Antrages, dem ich nämlich natürlich bitten würde, zuzustimmen bzw. wenn die Tendenz dazu geht ihm eher nicht zuzustimmen, mich noch mal gegebenenfalls nachzufragen. Ansonsten würde ich jetzt da nicht die Zeit unnötig in die Länge ziehen wollen.

**Herr Dr. Meerheim**

Frau Dr. Wünsch.

**Frau Ernst**

Kann ich darauf kurz eingehen?

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, bitte.

**Frau Ernst**

Zu der Frage der Anpassung, in der Gesellschafterversammlung ist ja die strategische Ausrichtung seitens der Gesellschafterversammlung festgelegt worden. Jetzt auf Grund der Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters ist diese ist sein Abstimmungsverhalten sozusagen hier auch noch mal im Ausschuss Thema. Das ist ja quasi die der Tagesordnungspunkt, der auch heute hier zu diskutieren wäre und so lange hier kein anderes Votum existiert, ist es natürlich erforderlich, dass die Gesellschafter, dass der Wirtschaftsplan dann vorliegt, bearbeitet wird und der kann dann auf der Grundlage der Gesellschafterbeschlüsse die momentan vorliegen eben nur entwickelt werden. Das Votum liegt Ihnen vor und gegebenenfalls, wenn Sie da jetzt andere Präferenzen haben, müsste das dann per Beschluss sozusagen weiter gegeben werden. Aber im Moment ist die

strategische Ausrichtung, die Wichtung, Schwerpunktsetzung so wie innerhalb der Gesellschafterversammlung beschlossen. Und dementsprechend muss der Wirtschaftsplan auch angepasst werden.

Die zweite Frage war die Frage nach dem Beirat. Deswegen gab es ja auch die Verweisung in den Ausschuss. Was im Moment noch nicht klar ist, ob Ziel ist, die Gesellschafter zu beraten oder, wie im Antrag explizit formuliert, den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung.

Da gab es einfach noch mal das Bedürfnis, uns abzustimmen, wie oder worauf der Antrag genau abzielt. Weil, das eine wäre quasi der Beirat, den die Gesellschafterversammlung installieren kann. Das andere würde quasi wahrscheinlich der Änderung der Hauptsatzung gleichkommen bzw. haben die Stadträte ja über die Weisung an den Oberbürgermeister die Möglichkeit, da entsprechend ihre Themen oder Vorstellungen zu artikulieren und zu steuern.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Krause

**Herr Krause**

Ich habe zwei Dinge, die ich noch sagen möchte. Das eine ist zu dem Änderungsantrag. Uns ist grundsätzlich zwar erst mal positiv, aber konkurrieren ganz stark eigentlich mit unserem eigenen Beschluss im Kontext, dass eigentlich dieser Ausschuss sozusagen die Wahrnehmung, also als de facto Gesellschafterversammlung, machen soll.

Da ist uns sozusagen nicht klar, wo sind da jetzt hier die Trennlinien.

*Zwischenrufe . . . .*

Das zweite ist: wir haben grundsätzlich ein Problem mit der Vorlage nach wie vor, weil wir immer noch in der Diskussion sind, um ein Konzept für die Wirtschaftsförderung insgesamt. Da gehört das DLZ, da gehört die EVG und da gehört sozusagen aus unserer Sicht Stadtmarketing dazu.

Und wir haben in allen drei Bereichen zum Beispiel Marketingbudgets für verschiedene Sachen, die, wie wir meinen, überhaupt noch nicht richtig abgestimmt sind. Das ist unsere Meinung.

Außerdem haben wir noch nicht zu Ende diskutiert das Konzept zur Wirtschaftsförderung als solches. Und aus unserer Sicht muss sowohl die Entwicklungsgesellschaft als auch das Stadtmarketing eine klar zugewiesene Rolle in diesem Konzept spielen, dass noch nicht existiert.

Kein Vorwurf an die Verwaltung, sondern einfach nur eine Feststellung, dass das so ist und wir können sozusagen unter den Umständen im Moment noch nicht zustimmen, weil wir eigentlich warten, abwarten möchten, dass ein Konzept auf den Füßen steht, das den Namen Wirtschaftsförderung als solches trägt und auch weiterhin tragen wird. Und dann wissen wir auch, wie Stadtmarketing sich anpassen muss.

Aber ich denke, das ist auch im Wirtschaftsausschuss nicht ausreichend bisher diskutiert.

**Frau Dr. Wünscher**

Ich habe eine ganz einfache Frage. Der Auftrag an die Stadtmarketing Gesellschaft. Dürfen sie mit 900.000 oder mit 1,1 Millionen planen?

Denn, na ja, ich meine, wir haben den Haushalt ja noch nicht endgültig beschlossen. Der Entwurf im Haushalt war um 200.000 Euro auf 900.000 zu kürzen. Im Finanzausschuss und im Wirtschaftsförderungsausschuss ist es erst mal anders vorberaten worden.

Und jetzt ist meine Frage, wenn sie heute einen Auftrag erteilt haben an die Stadtmarketing Gesellschaft, da eine Schwerpunktsetzung zu betreiben, muss ich ja auch wissen, in welchem Rahmen ich, in welchem finanziellen Rahmen ich mich bewegen kann. Und was ist da nun der Geschäftsführung heute mitgegeben worden. 900.000 Euro oder 1,1?

**Frau Ernst**

Vielleicht noch kurz die Rolle rückwärts. Der Wirtschaftsplan ist ja schon länger diskutiert. Also das ist jetzt nichts, was heute irgendwie erstmalig zur Debatte steht. Das nur am Rande.

Der Wirtschaftsplan, was ich vorhin versucht habe zu erläutern, ist, dass man im Moment die Schwerpunktsetzung nicht erkennen kann. Das ist sozusagen das eine. Das heißt, wenn sie sagen, wir haben den Zuschuss jetzt per Stadtratsbeschluss erhöht, dann haben sie das sozusagen ohne Kenntnis, die sie ja auch nicht haben können, weil der Wirtschaftsplan nicht vorliegt, der Schwerpunktsetzung im Prinzip auch gemacht. Also quasi pauschal die Erhöhung beibehalten.

Der Wirtschaftsplan ist mit der Maßgabe, diese Kürzung einzuarbeiten, aufzustellen. Das ist in der Gesellschafterversammlung beschlossen worden.

Darüber haben wir aber auch informiert. Also das ist jetzt auch nichts Neues. Ich glaube darüber habe ich im letzten Finanzausschuss auch schon informiert.

**Frau Dr. Wünscher**

Aber wenn heute eine Beratung stattgefunden hat und Sie das noch mal bekräftigt haben, dann ist die Frage ja berechtigt. Also, aber Sie gehen immer noch von 900.000 Euro aus?

**Frau Ernst**

Also was heißt Sie. Die Gesellschafterversammlung setzt sich aus mehreren Personen zusammen.

**Frau Dr. Wünscher**

Ja, das weiß ich. Aber da wird immer noch *unverständlich*

**Herr Dr. Meerheim**

Die beschließen aber nicht über den städtischen Haushalt?

**Frau Dr. Wünscher**

Ja, so ist es, ja.

**Frau Ernst**

Nein, aber der Wirtschaftsplan ist ja erst mal von der Gesellschaft aufzustellen. Also wenn wir uns da jetzt . . .

*Zwischenrufe*

Aber er ist durch die Gesellschafter zu beschließen. Und solange das nicht vorliegt, kann er eben in die Gremien des Stadtrates nicht eingebracht werden. Das ist . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Deswegen war das auch meine Anfangsfrage, weil, natürlich wenn wir über Handlungsfelder sprechen, das ist ja eigentlich der Punkt, warum es hier im Finanzausschuss ist, natürlich auf Grund einer Beteiligung. Aber eben auch, dass wir ganz grundsätzlich als Hauptgesellschafter über den Haushalt mitentscheiden und eben die Handlungsfelder besetzen.

Und, Frau Ernst, hier ist eine Vorlage eingebracht worden von Ihnen, von der Verwaltung, die ja unter Vorbehalt steht. Das heißt, Sie haben uns das Recht gegeben, auf Grund der Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters, zu sagen, stopp, wir als Rat entscheiden über die Schwerpunktsetzung. Und Sie sagen uns jetzt, die Schwerpunktsetzung wurde gerade beauftragt in der Gesellschafterversammlung, das anzugehen. Das habe ich so verstanden.

Wir haben einen Änderungsantrag gemacht auf Grund der Diskussion auch im Wirtschaftsförderungsausschuss, weil die Handlungsfelder für uns nicht den Interessen der Stadt entsprechen. Und es ist schon erstaunlich, wenn man auf die Anlage 3 schaut, dass der Oberbürgermeister sozusagen Stadtortmarketing mit Null bewertet. Im Gegensatz zu zum Beispiel der Universität oder dem Förderverein, die das jeweils mit 20 oder mit 25 % bewertet haben, Citymarketing mit 5 und Eventmarketing mit Null.

Wir sind der Meinung, dass unsere Stadt gerade in den letzten Jahren durch das, was die SMG gemacht hat, eine sehr breite Aufstellung hatte. Sie haben natürlich jetzt in dem, ich sage mal, Modell der Wirtschaftsförderung, bestimmte Justierungen vorgenommen.

Trotzdem würden wir unseren Änderungsantrag aufrechterhalten, wenn die Stadt innerhalb der Gesellschafterversammlung eine andere Gewichtung vornimmt, natürlich in Absprache mit den anderen Gesellschaftern, nämlich 30 % Wissenschaftsmarketing, 30 % Tourismusmarketing, 30 % Standortmarketing und jeweils 5 % für Event- und Citymarketing. Das ist sozusagen aus der Diskussion auch im Wirtschaftsförderungsausschuss zu dem Änderungsantrag gekommen und wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, dass der Oberbürgermeister damit auch beauftragt werden kann, dort eine Klarsetzung hier auf den Stadtrat zu erfahren.

Das hat natürlich in dem Sinne nicht direkt mit dem Haushalt zu tun. Hat aber natürlich, das ist deswegen auch meine Frage gewesen, natürlich mit einer finanziellen Ausstattung des SMG zu tun, ob es bestimmte Handlungsfelder überhaupt in der Lage ist, zu erfüllen. Und wir sind ja, denke ich mal, gemeinsam da der Auffassung gewesen, zumindest in den Änderungsanträgen dann und in der Abschlussberatung des Finanzausschusses, dass es diese Reduzierung nicht geben soll. Und ich denke ja, dass das der Rat dann bestätigen wird nächste Woche.

**Frau Ernst**

Ich würde gern nochmal zur Klarstellung der strategischen Schwerpunktsetzung etwas sagen.

Also, die Gesellschafterversammlung, es ist jetzt nicht so, die Stadt Halle hat gesagt, oder der Oberbürgermeister hat gesagt, sondern die Gesellschafterversammlung hat sich auf eine Schwerpunktsetzung verständigt.

Wenn Sie das jetzt anders sehen und den Oberbürgermeister entsprechend anweisen, wird

das Votum umgesetzt. Aber solange kein Votum aus dem Stadtrat anderweitig vorliegt, arbeitet die Gesellschaft nach dieser Schwerpunktsetzung. Und insofern ist das, wenn Sie jetzt in der Diskussion zu einer anderen Auffassung kommen, dann ist das per Beschluss dann eben in der Umsetzung so vorzunehmen.

Aber bislang ist die Schwerpunktsetzung von den Gesellschaftern so getroffen.

Und weil Sie sagen, wir können nicht erkennen, ob da jetzt die einzelnen Projekte oder die einzelnen Schwerpunkte ausreichend finanziert sind. Wenn Sie jetzt in den Wirtschaftsplan gucken, werden Sie das auch nicht können. Weil die Zuordnung beispielsweise zu Eventmanagement, Tourismusmarketing, die können Sie so nicht treffen, weil der Wirtschaftsplan so nicht aufgebaut ist. Und das ist der Wunsch, dieses nachvollziehbar zu machen und diesen Wirtschaftsplan entsprechend transparent eben und für Sie dann auch nachvollziehbar der einzelnen Positionen aufzustellen.

Das ist nochmal als Ergänzung zur Diskussion, die geführt worden ist.

**Herr Dr. Meerheim**

Frau Dr. Brock

**Frau Dr. Brock**

Ja, also irgendwie beißt sich ja auch die Katze irgendwie in den Schwanz. Also der Wirtschaftsplan ist aufgestellt worden auf Grund des Status quo und nicht einer Erhöhung des Budgets. Er wurde sozusagen zurückgehalten, weil diese Kürzung im Raum stand. Jetzt ist er sozusagen eigentlich fast wieder in der alten Form, eigentlich vorlagefähig, und wir hatten Akteneinsicht beantragt, die uns bis heute noch nicht gewährt worden ist, vom letzten Stadtrat. Da hätte ich vielleicht oder wir hätten Aufklärung schon haben können, was denn in dem Wirtschaftsplan nicht stimmt oder so.

Das ist noch nicht gewährt worden. Und insofern finde ich das schon schwierig. Und wenn wir sagen, wir haben hier in der Stadt, die Stadt Halle hat hier diese Prioritätensetzung in der Gesellschafterversammlung gemacht, da sind wir genau wieder bei unserem Antrag, dass es nämlich eigentlich darum geht, im Vorfeld, das politisch zu diskutieren, wie die Stadt Halle sich in solchen strategischen Fragen sozusagen verhält. Vielleicht auch in kleineren Fragen, wie wir sie ja schon im Fachforum diskutiert haben, wo es darum geht, Universität und andere Dinge zu präsentieren, Stadt der Wissenschaft, Sie wissen das alle.

Also unser Antrag will eben, und das ist nochmal an Sie gerichtet Herr Krause, ja nicht den Finanzausschuss ersetzen, um Gottes Willen. Sondern im Vorfeld der Gesellschafterversammlung sozusagen eine beratende Funktion haben. Die so was dann ausschließen würde und dann im Nachhinein kann und muss und darf natürlich der Finanzausschuss alles tun, was er will. Das eine schließt das andere ja nicht aus.

Wir haben eben gerade im Vorfeld die Beratung in diesem Fachbeirat, der ja existiert hat, aber eben uninstitualisiert bisher. Und nun leider seit über einem Jahr nicht mehr, oder seit zwei Jahren nicht mehr tagen konnte, weil es . . . aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich.

Und dann habe ich noch eine Frage. Ist es nicht sinnvoll, das wäre jetzt hier an die Versammlung, denn ich bin ja hier nur Vertretungsgast, ob es nicht sinnvoll ist, den Geschäftsführer Rederecht zu geben an diesem Tagesordnungspunkt? Ist jetzt eine Frage an Sie.

**Herr Dr. Meerheim**

Das entscheiden wir, wenn es notwendig wäre, dann entscheidet der Ausschuss das.

**Frau Dr. Brock**

Dann würde ich . . . wie ist denn die Tendenz, wollen wir ihn hören oder wollen wir ihn nicht hören?

**Herr Dr. Meerheim**

Wenn jemand das beantragt . . .

**Frau Dr. Brock**

Gut, dann beantrage ich dies jetzt.

**Herr Dr. Meerheim**

und eine konkrete Frage an ihn richten möchte, dann muss die gestellt werden, dann entscheidet der Ausschuss, ob Rederecht erteilt wird oder nicht.

**Frau Dr. Brock**

Dann erteile ich eine konkrete Frage.

Sieht der Geschäftsführer nach der jetzt beschlossenen und wahrscheinlich auch vom Stadtrat zu beschließenden Budgetkonstanz noch einen erheblichen Änderungsbedarf im Wirtschaftsplan? Oder kann der eigentlich jetzt so bleiben, wie er ist? Und was ist bezüglich auf die strategische Ausrichtung, die jetzt hier beantragt bzw. im Änderungsantrag versehen wird, aus der Sicht des Geschäftsführers zu sagen?

**Herr Dr. Meerheim**

Gut, die Frage steht. Es gab den Antrag, dass Herr Voss Rederecht bekommt, damit er auf die Frage antworten kann.

Wer damit einverstanden ist, von den Mitgliedern des Ausschusses, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist einstimmig.

Dann Herr Voss bitte.

**Herr Voss, Geschäftsführer Stadtmarketing GmbH**

Ja, ich würde jetzt zunächst Frau Ernst drum bitten, mich von der Verschwiegenheitspflicht zu entbinden, die mir die Gesellschafterversammlung heute auferlegt hat.

**Frau Ernst**

Nein, nicht im öffentlichen Teil.

**Herr Voss**

Betrifft die Verschwiegenheitspflicht auch diese beiden Fragen? Dann kann ich mich gleich wieder hinsetzen. Ja, vielen Dank.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, bitte Herr Krause.

**Herr Krause**

Also wenn ich es jetzt richtig mit unserem Kodex verstehe, hat ja der Finanzausschuss sozusagen auch die Rolle letztendlich der Gesellschafterversammlung. Und wenn Herr Voss

gehindert ist durch die Öffentlichkeit, die Fragen zu beantworten, müssen wir eben einen nicht öffentlichen Teil einfügen. So einfach ist das. Weil, die Fragen sind ja nicht umsonst gestellt und müssen beantwortet werden.

**Herr Wolter**

Verschwiegenheitspflicht geht über nicht öffentlich hat er nicht gesagt. Er hat gesagt Verschwiegenheitspflicht.

**Frau Ernst**

Genau, aber da würde ich jetzt kurz nur erwidern. Also Verschwiegenheitspflicht, Herr Voss, ich bin nicht befugt, Sie von irgendwelchen Pflichten zu entbinden. Also insofern müssten Sie das selber einschätzen.

**Frau Dr. Wünscher**

Dann können wir das heute nicht abstimmen. Ist doch ganz einfach.

**Herr Krause**

Von welcher Rolle sprechen Sie denn?

**Frau Ernst**

Ich weiß nicht, welche Verschwiegenheitspflichten er meint. Und deswegen, also ich bin jetzt nicht. . .

**Herr Dr. Meerheim**

Den Wirtschaftsplan kriegen wir ja sowieso in die Hand.

**Herr Krause**

Der ist auch öffentlich, weil er Teil des Haushaltes ist.

**Herr Dr. Meerheim**

Genau.

**Frau Ernst**

Also ich weiß nicht . . .

**Frau Dr. Brock**

Der Antrag der ist offen.

**Frau Ernst**

Sie haben ja eine ganz konkrete Frage gestellt. Ich weiß jetzt nicht, was da . . . , da muss er selber wissen, was da seine Verschwiegenheitspflichten betrifft oder nicht.

**Frau Dr. Wünscher**

In welcher Funktion sprechen Sie hier heute.

**Frau Ernst**

Als Leiterin des Büro des Oberbürgermeisters, Frau Wünscher.

**Herr Voss**

Der erste Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Gesellschaft, ich glaube am 9. Oktober ist er ja aufgestellt worden, in dem Glauben, mit 1,1 Mio. Euro zu wirtschaften.

Ich habe mit etwa zehn, elf Tage später dann aus dem Büro der Stadtkämmerei schriftlich bekommen, dass ich einen Beitrag von 200.000 Euro zur Haushaltskonsolidierung zu leisten hätte.

Was dann bedeutet hätte, dass ich erst zehn Tage vor der Gesellschafterversammlung aufgefordert war, den Wirtschaftsplan auf 911 runterzusetzen. So was macht man ja nicht eben innerhalb von einer halben Stunde.

Wir sind dann von damals, da hat die Gesellschafterversammlung sich vertagt, weil sie gesagt hat, einen Wirtschaftsplan aufzustellen unter falschen Aspekten, dass jetzt der Gesamthaushalt der Stadt nur noch 911 vorsieht, die Stadtmarketing aber einen Wirtschaftsplan über 1,1 Mio. einbringt, ist nicht möglich und Herr Voss wäre von falschen Voraus

setzungen ausgegangen. Deshalb ist über diesen Wirtschaftsplan nicht zu beschließen gewesen.

Das wurde dann mir auferlegt, den um 200.000 zu konsolidieren und für die Sitzung, die am heutigen Tage stattgefunden hat, einen Wirtschaftsplan vorzulegen über 911.000.

Es ist mir jetzt gesagt worden, ich habe jetzt gerade erfahren, dass ich das innerhalb der nächsten sechs Wochen zu tun hätte. Wobei in diesen Bereich noch eine Menge anderer Probleme mit reinspielen, beihilferechtlicher, umsatzsteuerrechtlicher Natur.

Wenn Sie jetzt also sagen, eine Projektuntersetzung nach strategischen Säulen, die ich noch nicht kenne, weil die ja noch nicht beschlossen sind, also ich muss jetzt nach fiktiven, strategischen Säulen meine Projekte ausrichten und die finanziell untersetzen. In dem Moment schulden Sie ein Entgelt, also das ist Vertrag, die Stadt gibt mir einen Zuschuss und ich bin verpflichtet, damit bestimmte Projekte mit bestimmten Geldern zu untersetzen. In dem Moment sind sie Umsatzsteuer verpflichtet. Das heißt, ich müsste für den gesamten, im Moment zuschussfreien Zuschuss von 1,1 oder 911, ich weiß es nicht, müsste ich jetzt die Umsatzsteuer noch mit ansetzen, weil ich konkrete Projekte benenne, die dort geschuldet werden. Das verstößt gegen das Umsatzsteuerrecht.

Das heißt, ich muss im Grunde noch mal 200 oder 250.000 Euro von meinem inneren Auge abziehen. Die ganze Beratung Umsatzsteuer und beihilferechtliche Natur, das kann nur eine juristische Kanzlei.

Wegen der Organisationsuntersuchung, die dort fällig ist und vielleicht auch noch zur Verzahnung mit Standortmarketing, kommunaler Wirtschaftsförderung, ob man das vielleicht zusammenlegt, all das kostet Geld. Das muss ich jetzt eigentlich fiktiv in meine Zahlen mit einpreisen, kann es aber gar nicht, weil ich gar keine Beschlussgrundlage habe.

Ich weiß im Moment nicht, ob ich auf 911.000 oder 1,1 Mio. plane. Ich weiß im Moment nicht, wie die strategische Ausrichtung aussieht und ich weiß im Moment auch nicht, was ich mich eine umsatzsteuerrechtliche und beihilferechtliche Untersuchung kosten lassen darf.

Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

### **Frau Ernst**

Darauf würde ich gerne . . .

Sie haben von der Gesellschafterversammlung eine ganz klare strategische Schwerpunktsetzung aufbekommen und zwar vor einem Jahr. Nummer eins.

Nummer zwei. Die Nebelbomben, die Sie jetzt, ich muss es so bezeichnen, zum EU-Beihilferecht jetzt hier werfen, sind heute mit Ihnen auch und den Kollegen der Firma Rauschenbach intensiv erörtert worden und man hat Ihnen auch dargelegt, dass das, was Sie jetzt hier wiedergegeben haben, dass das so nicht zutreffend ist und auch mit der Zuschusskürzung nichts zu tun hat. Das ist explizit heute Ihnen mitgeteilt worden.

Das kann ich an der Stelle . . . .

**Herr Voss**

Frau Ernst, Sie versteht kein Mensch. Projekte zu benennen bedeutet, sie umsatzsteuerpflichtig zu machen. Das haben Sie ja heute gehört von der Kanzlei Rauschenbach, von dem Unternehmen.

**Frau Ernst**

Ich habe das jetzt hiermit zu Protokoll gegeben.

**Herr Dr. Meerheim**

Es spielt glaube ich auch für unsere heutige Diskussion nicht wirklich eine Rolle. Es ist spannend oder sagen wir mal so, es wäre spannend, darüber zu entscheiden, nachdem wir den Haushalt und heutige Beschlüsse dazu gefasst haben.

Weil, die Bedenken, in der Richtung, die Herr Voss heute hier vorgetragen hat, wir müssen zumindest darüber reden, welche Umstände denn tatsächlich da eintreffen könnten, was diese Probleme betrifft.

Und dann muss man nämlich auch mal über die Konstruktion der Gesellschaft insgesamt reden. Macht es Sinn, weitere Gesellschafter in der Gesellschaft zu belassen? Oder macht es zum Beispiel Sinn, einen eigenen Aufsichtsrat zu installieren und eine 100%ige Tochter daraus zu machen?

Also zumindest darf man mal darüber nachdenken. Dann wäre unser Einfluss ein direkter, der jetzt nur indirekt sozusagen möglich ist. Und dann wäre unsere Konstruktion, Johannes, auch eine direkte, die sich an unserem Beschluss dann sozusagen zu halten hält, im Agieren nach außen und innen. Da würde es dann möglicherweise weniger Probleme geben.

Darüber sollte man sich im Anschluss an dieses Jahr schnellstens verständigen. Und wir sollten diese Probleme nicht auf die lange Bank schieben, muss ich mal knallhart sagen. Egal wer jetzt welche Meinung hat, ob Frau Ernst jetzt die Meinung vertritt, Herr Voss die.

Ich möchte mir als Stadtrat bitteschön selber eine Meinung bilden.

Und da müssen die Karten auf den Tisch gelegt werden und dann wird eine Entscheidung am Ende getroffen, wenn wir uns entsprechend Rat dazu eingeholt haben. Der kann auch von außen kommen, oder muss wahrscheinlich in dem Fall auch von außen kommen.

Lassen sie mich aber gleich noch was dazu sagen, zu den einzelnen Themen.

Also eigentlich ist ja Diskussionsgegenstand der Punkt 8. Da haben wir gesagt, wir möchten eine Konzeption zu den Marketingaktivitäten der Stadt Halle. Was haben wir stattdessen bekommen? Eine Aufzählung verschiedenster Akteure, die auf den unterschiedlichsten Gebieten von Marketing in dieser Stadt aktiv sind oder in der Region.

Die die fehlen, um die geht es eigentlich heute. Das Stadtmarketing wird nicht mal erwähnt.

**Frau Ernst**

Das ist nicht wahr, Herr Meerheim.

**Herr Dr. Meerheim**

Das steht da nicht drin. Sagen Sie mir, an welcher Stelle?

**Frau Ernst**

In der Beschlussvorlage ist das Stadtmarketing in jedem Bereich erwähnt. Es ist . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Nein, hier nicht.

Das ist unter Punkt 8 zur Kenntnis zu geben.

**Frau Ernst**

Herr Meerheim, schon alleine auf der ersten Seite taucht das Stadtmarketing zweimal auf und ist auch komplett aufgenommen. Herr Voss ist ja auch in mehreren Gremien aktiv. Die Gremienmitglieder sind auch explizit aufgeführt. Also das muss ich zurückweisen.

**Herr Dr. Meerheim**

Die Mitglieder, ja die Einzelperson. Da wird aufgeschrieben, welche Akteure es gibt und wer, welche Person sozusagen dahin entsendet wurde, um in dieser Institution X, nehmen wir mal Metropolregion oder nehmen wir den Wirtschaftsbeirat, die da drin agieren. Und da unten werden vier Zeilen aufgeschrieben, was sie alles machen, Akquise, Bestandspflege möglicherweise oder, oder, oder. Das ist alles.

Und ein gleichlautender Punkt 2.7 wegen mir, der sich mal mit dem *unverständlich* zum Stadtmarketing beschäftigen würde, den gibt es nicht.

Sie haben Recht, auf der ersten Seite wird zweimal das Wort Kürzel SMG erwähnt.

**Frau Ernst**

Nein, das ist nicht richtig, Herr Meerheim. Sie haben weder die Vorlage dann offensichtlich komplett gelesen, noch auf die . . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Doch, von der ersten bis zur letzten Seite. Ich verbitte mir so etwas.

**Frau Ernst**

. . . noch auch die Grafik dann entsprechend mit gewertet. Aber vielleicht sollten wir hier . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Die Grafik ist toll. Da steht auch SMG einmal drin als Überschrift.

**Frau Ernst**

Vielleicht darf ich an der Stelle zwei Vorschläge machen.

Um die Thematik EU-Beihilferecht zu thematisieren besteht durchaus die Möglichkeit, dass man im Wirtschaftsausschuss oder auch im Finanzausschuss den Kollegen Rauschenbach noch mal einlädt und die Thematik hier auch zur Diskussion stellt.

Wir reden hier über einen Sachstand der stammt aus dem Jahr 2003. Die Gerichtsurteile, die sie da bemühen, stammen aus dem Jahre 2003.

Und in der zweiten Sache. Wir hatten ja den Antrag im Vorfeld, also den Marketingaktivitätenantrag, auch in den Gremien des Stadtrates zur Beratung, mit der Bitte, auch zu konkretisieren, in welche Richtung Sie eine Konkretisierung, Untersetzung wünschen. Da ist seitens des Antragstellers keine Konkretisierung erfolgt.

Wir haben jetzt die Bemühungen innerhalb der Stadt, also stadtübergreifend, dargestellt, mit vielen engagierten Partnern, die auch an ganz konkreten Projekten, die Sie anhand der Halle-Themen sehen, also schwerpunktmäßig in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, sich abstimmen und Projekte entwickeln, ganz konkret in diesem Jahr.

Wenn Sie da nähere Informationen benötigen, dann stellen wir die auch gerne zur Verfügung. Das ist überhaupt kein Problem.

Aber im Ansatz entspricht das dem, und darauf geht die Einleitung auch ein, was Sie mit

Ihrem Antrag bezweckt haben, nämlich Netzwerk Arbeit.

Und das haben wir stadtübergreifend als positives Beispiel das Projekt im Rahmen Stadt der Wissenschaft aufgegriffen und auch genau an der Stelle untersetzt.

Also wenn Sie uns sagen, Ihnen ist das zu wenig Information oder Sie wünschen da konkrete Projektuntersetzungen, dann können wir da gerne auch nachsteuern. Aber das ist jetzt sozusagen der Aufschlag der Verwaltung.

Und wenn Sie als Räte sagen, Sie wünschen sich dieses und jenes anders, mal abgesehen davon, dass das ja Gremien sind, die mit externen Fachleuten ja auch besetzt sind, dann können wir da gerne drüber diskutieren. Das wollte ich damit nur sagen. Also es handelt sich um ein Konzept. Das ist nicht in Stein gemeißelt.

### **Herr Dr. Meerheim**

Herr Cierpinski bitte.

### **Herr Cierpinski**

Ja ich glaube, wir sollten hier ein bisschen die Themen nochmal sortieren.

Wir haben ja einmal die inhaltliche Ausgestaltung, wir haben einmal den finanziellen Rahmen, den wir als Stadtrat hier zur Verfügung stellen wollen und wir haben natürlich die betriebliche Sicht mit diversen Schwierigkeiten umsatzsteuerrechtlicher oder beihilfe-rechtlicher Art.

Mein Vorschlag wäre, dass wir im Rahmen der Schwerpunktsetzung, das heißt der Strategieausrichtung hier einen Schritt vorwärts kommen, dass wir hier vielleicht wirklich den Beschluss fassen, welche Schwerpunkte wir seitens der Stadt hier sehen und den Oberbürgermeister damit ausstatten, dass Herr Voss seinerseits inhaltlich seine Säulen kennt und auch seine Schwerpunkte.

Wir reden doch immer hiervon, und jetzt im zweiten Teil, wenn es um die Finanzierung geht. Wir reden ja immer von Kürzung oder von Erhöhung. Wir müssen ja mal festhalten, wir haben einen Status quo gehabt, bis zum September wahrscheinlich dieses Jahres, wo Herr Voss und das SMG mit 1,1 Mio. gerechnet hat.

Dazu gibt es ja, wie wir auch gerade gehört haben, einen Wirtschaftsplan, der nur vertagt wurde. Und wir haben dann jetzt im letzten Quartal über die eventuelle Kürzung oder den Auftrag einer Kürzung, den wir nun im Finanzausschuss zurückgenommen haben und wenn es gut geht, wir auch im Stadtrat nächste Woche zurücknehmen.

Das heißt, wir bleiben beim Status quo und wir sollten auch, wenn man diese beiden Punkte zusammennimmt, kommt man eigentlich drauf, dass wir einen Wirtschaftsplan haben, der untersetzt werden kann. Herr Voss könnte diesen Plan mit 1,1 Mio. nehmen. Er kriegt von uns die inhaltliche Schwerpunktsetzung, die wir seitens der Stadt wollen und dann wären wir erst mal einen Schritt weiter.

Und ich würde vorschlagen, alle weiteren betrieblichen Details, die sollten wir in der nächsten Sitzung im Januar beraten und auch entsprechend dieser Anregung Aufsichtsrat, also die Umgestaltung der Gesellschaft, dann für das nächste Jahr planen.

Aber es wär schon wichtig, denke ich mal aus meiner Sicht, dass wir hier Schritt für Schritt vorwärts kommen.

Und ich möchte auch gleich den Gedanken, den die MitBÜRGER und das NEUE FORUM hier aufgegriffen hat, mit ihrer Schwerpunktsetzung Wissenschaft 30, Tourismus 30, Wirtschaft 30 und City- und Eventmarketing jeweils mit 5 % aufgreifen. Wenn man sich diese Schwerpunkttabelle anschaut, es soll ja das Ergebnis der Stadt nach Möglichkeit rauskommen, also die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben wollen, liegt es eigentlich nahe, dass wir die Punkte, die wir als Gesellschafter in diese Tabelle reingeben, etwas anders wichten. So dass wir unten in der Summenzeile, also sprich am Endergebnis, das Ergebnis

erzielen, was wir als Ausschuss hier gerne sehen möchten.

Und da würde ich entsprechend folgenden Änderungsantrag hineingeben als Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER - NEUES FORUM, dass die Wissenschaft mit 40, der Tourismus mit 40, Wirtschafts- und Standortmarketing mit 16, City mit Null und Event mit 4 beantragen, so dass sich dann in der Summe der gewichteten Verhältnisse entsprechend das Ergebnis der Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM ergibt.

Ich habe auch die Zahlen da für dieses . . . ich kann es gern rumreichen, dass wir das entsprechend als Änderungsantrag mit reingeben.

Vielen Dank.

**Herr Dr. Meerheim**

Frau Dr. Brock

**Frau Dr. Brock**

Ja, also ich finde auch, es ist richtig und wichtig, diese Dinge nach hinten zu verschieben und die, was Herr Krause gesagt hat, die grundsätzlichen Dinge auch nochmal im nächsten Jahr genau anzugucken. Und auch gerade für diesen Prozess glaube ich, ist es gut, so eine Art beratendes Gremium, sprich so einen Beirat zu haben.

Weil, ich kann mir nicht vorstellen, dass im Finanzausschuss so viel Raum sein wird, um jedes Detail da sozusagen zu beraten. Man könnte sagen, dieser Beirat wäre dann so eine Art Fachausschuss, ohne dass es das formal wäre. Aber es wäre sozusagen ein Fachgremium, was genau diesen Prozess begleiten würde und jede Fraktion hat dort ihre Leute drin. Und dann könnte man dem Finanzausschuss das gegebenenfalls ersparen, sich da im Detail mit allen Einzelheiten auseinanderzusetzen.

Also, wie gesagt, noch mal eine Bitte darum, auch diesem Antrag zuzustimmen.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Also das ist natürlich sehr elegant. Wir würden diese Idee beziehungsweise diese Punktrechnung gern übernehmen in unseren Änderungsantrag, was Herr Cierpinski hier auf den Tisch gelegt hat, weil das natürlich die Zielsetzung war.

Die Frage war, wir haben natürlich immer eine Diskussion vorausgesetzt im SMG mit verschiedenen Schwerpunkten. Natürlich kann man jetzt sagen, wir wollen ja auch in unserem Interesse, wir sind sozusagen da auch, denke ich, auf Grund des finanziellen Beitrages natürlich der wichtigste Gesellschafter. Aber wir sind natürlich trotzdem ein kooperatives und gemeinsames Ergebnis.

Aber in dem Sinne, das Ziel ist uns auch wichtig und insofern würden wir das übernehmen.

Und zu der Diskussion jetzt, auch ein bisschen getrennt noch mal, ich habe das immer so gelesen, Frau Ernst, hier ist unter Vorbehalt gesetzt. Und unter Vorbehalt heißt natürlich, noch nicht in der Umsetzung. Der Status quo heißt ja dann vor der Beschlussfassung beziehungsweise vor der Gesellschafterversammlung.

Insofern denke ich ja, wenn wir hier klare Position beziehen, also in gewisse Handlungsfelder Schwerpunkt arbeiten, ist es für mich jetzt nicht unbedingt eine Frage nach einer Konzeption, auch nicht nach einer grundsätzlichen Marketingkonzeption für das Stadtmarketing. Sondern das sind Handlungsfelder. Und da ist es, und es war auch im Wirtschaftsförderungsausschuss extrem schwer, diese Handlungsfelder voneinander abzugrenzen *unverständlich*

. . . auf jeden Fall so, dass wir die Kritik auch in den Vorgesprächen, Frau Ernst, wie Herr Meerheim sich schon geäußert hat, schon ähnlich sehen. Auch mit dem Verweis, dass man irgendwas nicht ordentlich gelesen hat, ist es ja nicht geheilt damit. Also wir lesen es.

Wenn ich jemand sprechen höre von einem Konzept, dann geht es um eine Idee, dann geht es um ein Ziel, dann geht es um Untersetzung von Projekten und dann geht es auch um Budget. Und das alles ist für mich nicht so entdeckbar. Also das ist, also ich finde sozusagen die Auflistung von Gremien, ist eher überraschend. Da würde ich gerne so in die Diskussion ansetzen, wo sind da überschreitende Sachen.

Also das ist da für mich eher spannend. Das war, denke ich ein Bestandteil des Antrages der LINKEN. Aber jetzt sage ich mal, die Gesamtkonzeption in eine grafische Darstellung, sage ich mal in eine Tabelle zu fassen, ist für mich persönlich da zu wenig Fleisch. Das sind sozusagen Überschriften, das sind Synonyme.

Und wenn wir jetzt anfangen, darüber zu sprechen, was ich unter diesem Begriff oder über eine Zuordnung verstehen, dann kann man jetzt unter Fachleuten, ob das jetzt Presse, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Social Media oder sonst was, die haben alle ihre Dinge und da würden es ganz unterschiedliche Diskussionen.

Insofern finde ich auch, dass man da auf jeden Fall Diskussionsbedarf hat. Und ich denke, er hat schon angesetzt im Wirtschaftsförderungsausschuss und da ist auch der richtige Ort das zu machen. Wir nehmen das ja jetzt hier nur zur Kenntnis.

Und den Antrag der GRÜNEN haben wir so kurz vorbesprochen. Ich denke das ist eine Frage der Umsetzung und auch der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung, wenn es dort zugeordnet ist. Dieser Konkretisierung bedarf es, da bin ich ganz bei Ihnen, Frau Ernst. Das ist klar, das muss man jetzt festlegen, aber wir würden grundsätzlich so eine Beiratseinrichtung, wenn es da eine klare Festlegung gibt, natürlich unterstützen.

### **Frau Ernst**

Darf ich kurz was zur Konzeption sagen. Wir haben versucht, in der Grafik ganz einfach darzustellen, mit welchen Themen sich diese vielen Partner, die es da zum einen erst mal zu gewinnen gilt, stadtübergreifend verschiedene Projekte anzuschließen, die sich in bestimmten Themenfeldern bewegen. Wir haben innerhalb der Grafik versucht, Ihnen ganz schnell sichtbar deutlich zu machen, in welchen Bereichen das ist. Und ich glaube, da erkennt man sehr gut, wo beispielsweise der Wirtschaftsbeirat und der Arbeitskreis sich bewegen, in welchen Bereichen die Halle-Themen oder die Kooperationsvereinbarung mit der Universität agiert.

Und wenn Sie sagen, diese Diskussion in den Gremien, das ist Ihnen nicht ausreichend, dann wäre ich dankbar für den Hinweis, in welche Richtung Sie das weiter diskutiert haben wollen.

Weil, dieses Gesamtkonzept, von dem der Antragsteller spricht, das ist mit allen wichtigen Akteuren, ohne konkret zu sagen, welche wichtigen Akteure gemeint sind, weder in den einzelnen Bereichen Sport, Kultur, noch zu sagen, was denn quasi unter Abstimmung verstanden wird, dann ist es für uns natürlich, da überlässt der Antrag uns innerhalb dieser Konzeption das so zu fassen, wie wir das in den vergangenen zwei Jahren aufgestellt haben. Das ist das Ergebnis intensiver Bemühungen, Kooperationen aufzubauen, in den Schwerpunkten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Das sind Gremien, wenn ich das noch mal erwähnen darf, die sehr konstruktiv, aktiv, sehr engagiert arbeiten für die Stadt, mit der Stadt. Und insofern sind wir da gerne für Hinweise dankbar, wo Sie sozusagen sich unter Umständen noch weiteren Abstimmungsbedarf wünschen.

### **Herr Wolter**

Dankeschön für Ihre Erläuterungen noch mal. Ich habe nur beschrieben, was ich unter

Konzept verstehe, unter Konzeption. Da kann man sich auch streiten, das ist dasselbe.

Was Sie uns vorlegen ist ein Überblick über die Gremienstruktur in diesen Themenfeldern. Das ist interessant, ohne Zweifel. Aber ich entdecke nicht, was für ein Marketingkonzept, wo ist das Ziel eines Marketingkonzeptes. Ist es die lebendige Stadt, ist es die grüne Stadt, wollen wir der Wirtschaftsstandort Deutschlands werden, Nummer eins?

Das ist für mich sozusagen, das meine ich als Ziel.

### **Frau Ernst**

Da sind Sie als Stadtrat sozusagen gefragt. Das ist ja genau diese strategische Diskussion, die wir im Moment führen. Wir möchten Sie . . . . *unverständlich* . . . wo möchten wir als Stadt, Stadtrat und Verwaltung, wo möchten wir uns sehen?

Und die Diskussion führen wir jetzt hier am Beispiel des Stadtmarketing, in dem wir sagen, schwerpunktmäßig beispielsweise wünschen wir uns da stärkere Außenwirkung im Tourismusbereich.

Also das würde ich jetzt gar nicht als Einbahnstraße verstehen, Stadtverwaltung erklär uns mal, sondern dass wir gemeinsam den Ansatz entwickeln und die Schwerpunkte des Oberbürgermeisters sind mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur insoweit klar benannt.

### **Herr Dr. Meerheim**

Herr Krause

### **Herr Krause**

Frau Ernst, dass Sie sich bemüht haben, stellt keiner in Abrede. Aber dieses fragmentarische dieser Diskussion zeigt schon den Unterschied des Herangehens unserer Auffassungen. Ich habe es vorhin schon mal erwähnt.

Wir möchten mit der Verwaltungsspitze ein gesamtes Wirtschaftsförderkonzept diskutieren, das den ganzen Kontext dieser Aufgaben so fasst, dass man Wirtschaftsförderung nach außen, außerhalb der Stadt, als eine Einheit betreibt, das aber die Kooperateure, die Sie schon reingeschrieben haben, ihre Partner, das genau so sehen. Und dass wir sozusagen 2030, also jetzt schon wissen, wo wir 2025 oder 2030 auch sein wollen.

Die Diskussion wird immer fragmentarisch bleiben, solange wir dieses gesamte Wirtschaftsförderungskonzept nicht haben. Ich sage nochmal dieses Beispiel. Wenn Sie in drei unterschiedlichen Parteien Dienstleistungszentrum, EVG und Stadtmarketing eigene sozusagen Budget haben für Marketing, für unterschiedlich ausgerichtetes Marketing, muss es aber eigentlich, inhaltliche Verzahnung, dieser Aktivitäten geben und die wiederum, ich weiß nicht, wie ich es jetzt anders ausdrücken soll, müssen eingebettet sein in ein Gesamtwirtschaftsförderkonzept für die Stadt Halle. Und das liegt uns noch nicht vor.

Deswegen kam übrigens der Antrag der drei großen Fraktionen, zu sagen, lasst uns so eine Geschichte machen.

Was nicht heißt, wir müssen ja ein 250.000 Euro Papier haben. Sondern es gibt eine ganze Menge fragmentarisch schon daliegende Dinge, die zusammengeführt werden müssen.

Dieses hier ist ein Beispiel dafür, aber eben auch nur eines.

Wir sind der Meinung, es ist aus unserer Sicht nicht ablehnenswert, aber auch nicht zustimmungsfähig, weil wir sagen, es ist nur ein Teil des Ganzen, was wir eigentlich zu diskutieren haben.

Und das ist sozusagen, keine Ahnung, seit der Wende schon so alt, dass wir eine Vielfalt in dieser Stadt haben, wo noch keiner den Königsweg gefunden hat zu sagen, wie identifiziert sich die Stadt, wofür steht die Stadt. Und genau die Schwierigkeit hat das Stadtmarketing, hat die Wirtschaftsförderung.

Und wir müssen den Knoten irgendwann mal durchschlagen, zu sagen, wo wollen wir hin. Sie werden sich nicht die Diskussion mit Ernst ersparen können, das ist ein längerer Weg glaube ich, über eine Wirtschaftsförderung, wie sie neu aufgestellt werden soll. Das heißt, über einen Aspekt, und ich sage jetzt mal ein nicht so schönes Wort, das Herr Dr. Meerheim angedeutet hat, zum Beispiel, wie weit ist sozusagen Fremdbestimmung über unsere eigene kommunale Wirtschaftsförderung statthaft oder nicht. Und wie weit wollen sozusagen aber auch auf der anderen Seite als Befruchtung andere mit *unverständlich*.

Das ist keine leichte Diskussion.

Also wir können sozusagen dem Änderungsantrag der GRÜNEN zustimmen, weil wir glauben, dass im Vorfeld eine solchen Diskussion sehr hilfreich sein kann. Wir können das hier im Finanzausschuss nicht leisten.

Es muss aber eine Hinführung geben zu strukturellen und strategischen Neuausrichtungen in anderer Form, glauben wir. Wir können auch dem Antrag der MitBÜRGER zustimmen, weil diese Gewichtung *unverständlich*.

Wobei das abzustimmen ist, das ist aber eine andere Geschichte.

### **Herr Dr. Meerheim**

Frau Ernst bitte.

### **Frau Ernst**

Ich würde mal deutlich machen, ich glaube, wir sind gar nicht so weit auseinander weg, Herr Krause. Wir haben jetzt geschafft, innerhalb der EVG mit einem Konzept uns zu strukturieren. Das gleiche ist erfolgt im Dienstleistungszentrum Wirtschaft. Jetzt geht es in den Bereich des Stadtmarketing.

Ich glaube, und das ist ja auch der Plan, dass das im Wirtschaftsausschuss dann in Gänze kompakt diskutiert wird und wir uns dann überlegen, in welcher Form wollen wir auch mit dem Antrag jetzt verfahren. Da gibt es Vorschläge, die werden nächste Woche auf den Tisch gelegt und dann muss diskutiert werden, wie es in der Richtung weitergehen soll.

Aber ich glaube, dass was hier vorliegt mit der Gremienarbeit, die viele Einrichtungen einbindet, ist dann ein wichtiger Bestandteil. Und das in Gänze zu diskutieren, das ist absolut nachvollziehbar und wichtig und richtig.

Also von daher sind wir da gedanklich zusammen und ich kann das auch nachvollziehen, was Sie da bewegt. Und insofern können wir uns da auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss freuen, der ja im Prinzip auch das, was Frau Dr. Brock angesprochen hat, ja im Prinzip auch leisten kann. Im Wirtschaftsausschuss sind ja genau auch diese Fragen gut aufgehoben.

Was nochmal die Diskussion dann mit dem Beirat dann dementsprechend flankiert, uns war eben, was jetzt nochmal den Antrag der GRÜNEN betrifft, wichtig zu wissen, geht es um eine Beratung der Gesellschafter oder geht es speziell um die Beratung des städtischen Vertreters in der Gesellschaft.

Ich weiß jetzt nicht, ob wir das schon so konkret beantwortet haben. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es Ihnen um die Begleitung der Gesellschafter.

### **Frau Dr. Brock**

Ich kann ja darauf kurz antworten. Das ist einfach der Versuch, eine Formulierung zu finden, die nicht anfechtbar ist. Ich weiß nicht, ob wir das uns jetzt anmaßen können, die Gesellschafter irgendwie allgemein zu beraten. Und letzten Endes geht es darum, dieses Fachforum, was wir schon hatten, wieder zu installieren, sprich es auf sichere Füße zu stellen.

**Herr Dr. Meerheim**

Vorübergehend

**Frau Dr. Brock**

Vorübergehend, natürlich.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Krause

**Herr Krause**

Ich beantrage Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Herr Dr. Meerheim**

Antrag auf Wortprotokoll für den Tagesordnungspunkt.

Ich habe noch eine Bemerkung zu machen und zwar zu dieser fröhlichen Aufstellung des . . . *unverständlich* ... die Prozente werden ja hin und her geschoben.

Ich muss ganz ehrlich sagen, so weit weg von der Aufstellung des Oberbürgermeisters bin ich inhaltlich gar nicht. Außer was das Wissenschaftsmarketing betrifft, da sind die jetzigen Akteure, die jetzt gerade hier einen Antrag gestellt haben, habe ich so das Gefühl, da ist eher der Wunsch der Vater des Gedanken.

Ähnlich wie beim Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss sozusagen, denen dann noch einen gewissen Halt zu geben, dann noch Namen hinterherzuschieben und tatsächlich sind die Möglichkeiten dort relativ beschränkt. Zumal die Akteure selbst, die in diesem Gebiet agieren, also sprich die MLU, dort den Platz des Stadtmarketing gar nicht so hoch bewerten. Das war ja übrigens auch ein Argument für Ihre Aufteilung.

Bei der Wissenschaftsmarketingsache *unverständlich*

Das entspricht wahrscheinlich eher den Realitäten, die im Moment sich im Stadtmarketing abspielen.

Und im Tourismus, wenn man sich mal die Akteure, die jetzt die Stadt aufgetrieben hat auf dem Papier, die sechs die da genannt werden, anschaut, da muss man einfach sagen, Stadtmarketing übernimmt du mal ein Stückchen mehr Tourismusforschung. Hier wird jetzt mit 40 gehandelt, ich glaube, der Schwerpunkt liegt dann eher bei 50, der gesamten Aktivitäten des Stadtmarketing. Dass man das nach oben zieht. Wissenschaft und das anpasst, was gerade ist.

Ich meine, wenn der Geschäftsführer sagt, ich habe da noch Möglichkeiten, 10 % reinzulegen, Manpower etc. und geistige Aktivitäten, die bei mir da in der GmbH existieren, dann ist das ja o.k.

Aber das sind ja jetzt meine Vorstellungen, das sind unsere Vorstellungen und ich würde bei dem Standortmarketing, und als solches würde ich es auch bezeichnen, dieses Wirtschaftsbindestrich kam ja erst später, in der Vorlage stand ja erst Standortmarketing, und ich glaube, das ist auch das, was tatsächlich als Schnittstelle sozusagen alle anderen Bereiche ja irgendwo mit berührt.

Alles, was von diesen anderen Aktivitäten sozusagen ausgeht, strahlt immer auf den Standort und ist sozusagen auch immer Standortmarketing. Dann würde ich aber, wenn ich das jetzt direkt angehe, würde ich bloß 15 zum Beispiel nehmen und für die restlichen beiden 10 verteilen. Ob das jetzt nun Citymanagement drei kriegt und Eventmanagement 7 %, ist mir relativ Wurst.

Aber für die beiden anderen Marketingaktivitäten wäre jetzt unser Vorschlag 10 % rüber zu nehmen. Dann ist der Kuchen voll.

Also ich würde da eine andere Schwerpunktsetzung vornehmen wollen. Aber ich wollte es jetzt auch nicht davon abhängig machen, der Vorlage jetzt insgesamt nicht zustimmen zu wollen, was jetzt diese Bewertung betrifft.

Ich habe mich nur intensiv mit der Sache selbst beschäftigt und bin eigentlich zu der Erkenntnis gekommen, dass dort diese Schwerpunkte, absolute Schwerpunkte im Bereich Tourismusmarketing liegen sollte. Wissenschaft eher an der Zahl orientieren sollte von Herrn Wolter und Standortmarketing könnte ich mich mit 15 % oder 20 %, so wie es da Herr Cierpinski vorgetragen hat, auch anfreunden. Aber ich würde diese Überbewertung des Wissenschaftsmarketing vornehmen, weil, das ist eher wirklich Wunschenken.

#### **Frau Dr. Brock**

Also vielleicht noch einen Satz noch dazu. So was würde ich auch ganz gerne dann, vielleicht im Nachhinein, in diesem Beirat diskutieren, was wir denn darunter verstehen. Natürlich können wir nicht in die Universität hineindirigieren als Stadt. Aber wir können natürlich in Bezug auf, wenn man an die Bewerbung als Stadt der Wissenschaft denkt, wir können natürlich dazu beitragen, dass wir als Wissenschaftsstandort bekannt werden. Es ist ja schon zum großen Teil auch erfolgreich und so weiter, was die Studierenden betrifft, dass die kommen und dass sie bleiben, dass sie sich ansiedeln.

Ich kann mir schon sehr gut vorstellen, dass auch letzten Endes so eine Art von Förderung möglich macht, die wir jetzt Wissenschaftsförderung nennen.

#### **Herr Dr. Meerheim**

Die Frage ist doch, ist die Manpower mehr geplant. Wenn die geplant ist für dieses Wissenschaftsmarketing, dann muss er umsteuern. Dann muss ich auch Manpower verlagern. Das heißt also, ich muss möglicherweise austauschen, Menschen. Ich brauch ja für so ein Thema eine gewisse Spezialisierung, glaube ich schon, dass das nicht jeder machen kann und auch nicht jeder machen sollte. Wenn die alle austauschbar wären, dann bräuchten wir keine Berufe oder zumindest Spezialisierung von Teilberufen vorzunehmen und auszubilden.

Also von daher habe ich so ein bisschen meine Bauchschmerzen, wenn wir das dann so nach oben ziehen.

#### **Herr Wolter**

Die Diskussion kann man natürlich führen, das verstehe ich schon, Herr Dr. Meerheim. Aber das ist ja genau der Punkt, dass hier im Vorfeld die Gewichtung gerade zu der Patenschaft der Universität natürlich noch an einer Untersetzung mangelt und dass die Diskussionen ja eher dahin gehen, dass genau diese, absolut gestärkt werden müssen und ich deswegen, finde ich auch den Vorschlag so elegant, dass man das sozusagen als Ziel formuliert.

In der Projektabgrenzung, das ist ja genau die Diskussion, die dann im Beirat oder in der Gesellschafterversammlung passieren kann, dass, wir machen ja jetzt hier nicht ein Projekt, wenn wir jetzt über Projekte sprechen würden, dann müsste das wirklich sein, aber das machen wir ja nicht. Sondern es geht hier darum, wie abhängig wir auch gerade von so einer Partnerschaft, von so einem Wissenschaftsmarketing sind.

Und das betrifft natürlich nicht nur die Uni, das würde ich auf jeden Fall sagen. Und da hat auch der Oberbürgermeister in den letzten Monaten ganz wesentlich auch sozusagen signalisiert, was hier an Potential da ist. Ob da jetzt finanzielle Mittel oder nur personelle Ressourcen dann, kann ich nicht einschätzen. Aber das sind ja genau die Dinge, die wir tun müssen gemeinsam.

Ich würde da gerne um Abstimmung bitten und zu unserem Änderungsantrag, der jetzt geändert wurde durch den Vorschlag von der CDU, Herrn Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ich schließe mich Herrn Wolter an. Ich würde auch jetzt nicht, ich denke auch, wenn wir jetzt hier Schwerpunkt setzen, wir nicht unbedingt sofort von Personen reden müssen. Die inhaltliche Ausgestaltung von Projekten ist doch noch mindestens eine Ebene tiefer und da denke ich mal, da gibt es genügend Spielraum, dass sich auch die Felder so besetzen lassen, dass wir unter Umständen auch mit dem Personal, was jetzt schon aktiv ist und seit Jahren hier auch sich immer sehr engagiert zeigt, hier weiter vorwärts kommen. Das vielleicht zum Einen.

**Herr Dr. Meerheim**

Gut, dann können wir da abstimmen.

Wir haben die Beschlussvorlage und einen Änderungsantrag dazu, der geändert wurde durch den Änderungsantrag von Herrn Cierpinski, das ist jetzt Fraktionsantrag? Ich wollte es ja bloß wissen, weil . . . da muss das . . .

**Herr Wolter**

Ich habe ihn übernommen.

**Herr Dr. Meerheim**

Ach so, die Fraktion hat ihn übernommen. Da gibt es den Antrag nicht mehr von Herrn Cierpinski, von der CDU-Fraktion. Das ist dann jetzt sozusagen der Antrag der Fraktion

MitBÜRGER – NEUES FORUM.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. O.k., das sind sieben. Enthaltungen? Ich enthalte mich, das sind zwei Enthaltungen. Dann ist im Übrigen so bestätigt.

Wer der so geänderten Vorlage der Stadtverwaltung, also 5.1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind fünf. Der Rest sind Enthaltungen, nehme ich an. Das sind vier. Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu dem Antrag, den wir jetzt inhaltlich schon mit diskutiert haben. Das war 5.1.2 zu einem Beirat. Da hatte die Frau Ernst nochmal eine Frage gestellt.

*Zwischenrufe*

Gut, o.k. Ich wollte es bloß wissen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind zwei, vier, alle.

Dann ist das erledigt.

Und wir nehmen die 8.1 erst mal zur Kenntnis. Frau Ernst wir melden uns, Sie können sicher sein, zu diesem Punkt 8.1 noch einmal und wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 5.2.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291) Vorlage: V/2014/12767**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

7 Ja Stimmen

2 Enthaltungen

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH“ wird in der als Anlage 3 **geänderten** und beigefügten Fassung beschlossen.

**Die Prioritätensetzung der Stadt Halle (Saale) wird in Anlage 3 (strategische Ausrichtung der Prioritätensetzung der SMG) wie folgt geändert:**

<b>Wissenschaft</b>	<b>Tourismus</b>	<b>Wirtschaft/Standort</b>	<b>City</b>	<b>Event</b>
<b>40</b>	<b>40</b>	<b>16</b>	<b>0</b>	<b>4</b>

**so dass sich die Aufgabenverteilung des SMG wie folgt gliedert:**

<b>Wissenschaft</b>	<b>Tourismus</b>	<b>Wirtschaft/Standort</b>	<b>City</b>	<b>Event</b>
<b>30</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

**(gewichteter prozentualer Anteil)**

	<b>Wissenschafts- marketing</b>	<b>Tourismus- marketing</b>	<b>Wirtschafts/ Standort- marketing</b>	<b>City- Marketing</b>	<b>Event- marketing</b>
<b>Stadt Halle (Saale)</b>	<b>50-30</b>	<b>45-30</b>	<b>0-30</b>	<b>5</b>	<b>0-5</b>

**zu 5.1 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung  
Vorlage: V/2013/12291**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
5 Ja Stimmen  
4 Enthaltungen

**geänderter Beschlussvorschlag (Änderungen im Text):**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH“ wird in der als Anlage 3 beigefügten Fassung beschlossen.

**zu 5.1.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing  
Vorlage: VI/2014/00238**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Einrichtung eines Beirates Stadtmarketing. Die Mitglieder des Beirates werden vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsandt, jede Fraktion erhält das Benennungsrecht für ein Mitglied. Der Beirat berät den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung hinsichtlich der Angelegenheiten der Stadtmarketing GmbH.

**zu 8.1 Mitteilung zum Konzept gemäß Beschluss V/2013/12272  
Vorlage: VI/2014/00479**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: VI/2014/00079**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Und wir kommen dann zum TOP 5.2.

5.2 ist der Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung. Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Herr Krause.

**Herr Krause**

In wie weit ist sozusagen . . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Bitte etwas lauter.

**Herr Krause**

Inwieweit ist das arbeitsmarktpolitische Programm des Jobcenters eingearbeitet? Also wie weit spielt das eine Rolle?

Ich habe gehört, dass die Stadt Halle im – wie soll man das nennen – vorläufige Absichtserklärung gegeben hat zum Arbeitsmarktprogramm, was man so als Schwerpunkte sich denken könnte. Aber es ist irgendwie noch nicht so ganz in Sack und Tüten. Eigentlich ist das hier aber die Voraussetzung für, das hier zu machen, indem man die Schwerpunkte kennt vorher, wie hängt das aus Sicht der Stadt zusammen?

**Dr. Meerheim**

Wer möchte? Wer darf?

**Herr Beigeordneter Neumann**

Soll ich?

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Neumann.

**Herr Beigeordneter Neumann**

Ja, das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters ist noch nicht durch die Trägerversammlung durch bzw. wird dort noch beraten. Letztendlich ist der Wirtschaftsplan des EfA – des Eigenbetriebes für Arbeit, so aufgestellt, dass auf der einen Seite das Maßnahmenvolumen als Grundlast, was auch sozusagen dem Maßnahmenprogramm des Jobcenters entspricht, umgesetzt werden soll, um sozusagen noch Mittel im Wirtschaftsplan vorhanden sind für ein Programm, was wir alle erwarten aber noch nicht sozusagen vom Bund absegnet ist letztendlich.

Also das ist sozusagen an dieser Stelle harmonisiert. Wir haben den Teil der Maßnahmen, da wissen wir schon ganz konkret, das soll sozusagen umgesetzt werden, da sind auch die arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorhanden. Und wir hoffen ja, dass es ein Programm gibt, was sozusagen die Bürgerarbeit, sag ich mal in Anführungsstrichen, ersetzt und da haben wir beim Stadtmarketing, beim Eigenbetrieb für Arbeit Co-Finanzierungen für vorgesehen. Also es beißt sich nicht.

**Herr Krause**

Es gab noch eine Informationen, dass sozusagen seitens der Stadt vorläufige sozusagen Schwerpunkte erst mal benannt worden sind, kommt so ein bisschen in die Richtung zwar, aber das Arbeitsmarktprogramm muss ja sozusagen letztendlich belastbar sein als Grundlage für den Wirtschaftsplan. Oder bin ich da jetzt falsch?

Also jetzt in Erwartung von Gesetzen, die noch nicht oder von Richtlinien, die noch nicht

existieren. Können wir ja wohl ganz schwer kalkulieren für die Basis 2015. Was habt ihr für Schwerpunkte genannt?

**Herr Beigeordneter Neumann**

Kann ich gleich Herrn v. Rissenbeck noch mal bitten. Also wir haben im Grunde genommen Maßnahmen, Anzahl von Maßnahmeteilnehmern vorgesehen, die wir sozusagen übers Jahr umsetzen. Entweder gibt es die Möglichkeit, die mit den bisher bekannten Instrumenten, die existieren, umzusetzen, oder wenn es da was anderes geben sollte, möglicherweise von einem Instrument auf das andere umzuschwenken.

Die Flexibilität ist sozusagen im Wirtschaftsplan verankert.

Ist aber immer vorhanden gewesen, Herr Krause. Das war jedes Jahr so, dass wir im Grunde genommen eine Planung auf den Tisch gelegt haben, gesagt haben, das sind die Teilnehmerzahlen, das wollen wir erreichen, das ist der Rahmen, den wir haben und der dann jeweils ausgefüllt worden ist. Sie wissen ja selber, in der Vergangenheit hat sich das ...

**Herr Krause**

*... unverständlich ...*

**Frau Hintz**

Herr Krause, sie sprechen so leise, ich verstehe hier hinten kein Wort.

**Herr Krause**

Ich erinnere mich, dass zur Einbringung des Haushaltes der Dezernent für Finanzen die Position 1,5 Mio. Minus eingebracht hat.

Also reden wir hier schon von einer hohen Flexibilität, da gebe ich Ihnen Recht. Aber zu wessen Gunsten oder Lasten? Also wie spiegelt sich das sozusagen wider in der Arbeit des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung in 2015? In welche Richtung geht das?

**Herr Beigeordneter Neumann**

Wir haben im Jahr 2015 den Zuschuss von 1,1 Millionen, den die Stadt Halle gibt, im Haushalt eingestellt. Und wir haben Rückstellungen, die wir beim Eigenbetrieb für Arbeit auflösen, in Höhe von 400.000 Euro in 2015 und 2016, so dass insgesamt es eine Kürzung gibt im Vergleich zu diesem Jahr. Das ist unstrittig. Aber die Kürzung abgedeckt ist und es stehen insgesamt 1,5 Millionen Euro in beiden Jahren als Co-Finanzierung für Arbeitsmarktmaßnahmen zur Verfügung. Sind geplant, wenn Sie dem zustimmen.

**Herr Dr. Meerheim**

Hat die Stadtverwaltung mal gerechnet, welche Auswirkungen der Wegfall der Maßnahmen hat für den Haushalt? Falls dann kein Anschlussprogramme kämen oder einen gewissen Zeitraum später. Man kann ja jeden Monat berechnen der kommt oder wo ich keinen Ersatz sozusagen für die jetzt auslaufenden Programme habe oder schon ausgelaufene. Da gibt es ja einen Einfluss auf den Haushalt.

**Herr Beigeordneter Neumann**

Man muss es ganz deutlich sagen. Ich nehme mal den Eigenbetrieb Kita als Beispiel. Dort hatten wir ja in den vergangenen drei Jahren die Bürgerarbeiter, die dort gewissen Tätigkeiten nachgegangen sind, die auch bestätigt und genehmigt waren. Ich sage das noch mal ganz deutlich, da wurden nicht reguläre Arbeitsplätze ersetzt, sondern es waren Bürgerarbeiter. Dort hat glaube ich Herr Kreisel den Wegfall dieser Tätigkeiten mit dem Volumen von ungefähr einer halben Million Euro errechnet.

**Herr Dr. Meerheim**

Das wusste ich ja.

**Herr Beigeordneter Neumann**

Ja das war nur mal ein Beispiel. Dort hat er es mal ausgerechnet.

Man muss es ganz deutlich sagen, der Wegfall der Bürgerarbeit nicht nur in Halle, aber für alle Kommunen in Deutschland, was ja das Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Beschäftigung betrifft, schon gerade im Bereich Vereine, gemeinnützige Arbeit, schon zu deutlichen Einschnitten führt, was Tätigkeiten sind, die dort sozusagen erledigt worden sind. Es trifft aber alle und in Halle trifft es eben in besonderer Weise, weil wir ja die Kommune waren, die die meisten Bürgerarbeiter hatte. Wir hatten ja fast 1.000 Mitarbeiter, die sozusagen in diesem Programm waren.

Also der Einschnitt wird schon kommen und der wird spürbar sein.

**Frau Hintz**

Mit der KdU das war ja damals meine Frage als wir das Thema hatten beim Haushalt, wie eine Einsparung möglich sein soll, wenn wir noch nicht wissen, wie das Nachfolgeprogramm aussieht. Und es ist kein Nachfolgeprogramm Bürgerarbeiter. Da geht es um einen ganz anderen Ansatz. Es geht nämlich um einen Ansatz darum, dass es ein Entgeltzuschuss, also ähnlich wie Eingliederungszuschuss jetzt, wenn ein Arbeitgeber jemanden einstellt bekommt er einen Eingliederungszuschuss, je nachdem wie groß die Hemmnisse des neuen Arbeitnehmers sind. Da gibt es die Möglichkeit der Höhe und der Dauer.

Und ähnlich ist das ESF-Nachfolgeprogramm. Und das heißt, wir haben eine ganz andere Richtung. Denn wir müssen Arbeitgeber finden, die bereit sind, sozusagen Kunden des Jobcenters einzustellen. Wir reden also um real existierende Arbeitsplätze. Während ja Bürgerarbeit immer noch so ein bisschen hatten, gerade für Vereine, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Ich denke mal, es ist schwierig für Vereine, zum Beispiel einen Arbeitsplatz zu schaffen.

Deswegen wird es also spannend, wie die Stadt sozusagen 100 Teilnehmer dahingehend akquirieren würde. Denn das hieße kurzfristig, um es mal knapp zu sagen, 100 Stellen. Und das wird sicherlich interessant. Wir reden da aber sicherlich über Sachen, die noch nicht ganz geklärt sind und auch noch in der Diskussion sind. Das möchte ich auch einfach nur mal loswerden.

**Herr Krause**

Da war meine Frage, welche Schwerpunkte jetzt Ihr in diesem Fall jetzt gemeldet habt Richtung Jobcenter?

**Herr van Rissenbeck**

Zwei Sätze dazu. Ja, wir haben natürlich Einbußen. Aus den Jahren 2012, 2013, 2014 hatten wir durchschnittlich 1.000 Mitarbeiter im Eigenbetrieb in Arbeit in unterschiedlichen Projekten und Maßnahmen. Davon 600 in Bürgerarbeit, die anderen 400 waren bei anderen Trägern angestellt. Der Wegfall dieser Bürgerarbeit wird sich schmerzhaft innerhalb in dieser Stadt bemerkbar machen.

Der größte Punkt, wo man es auch am offensichtlichsten sieht, ist der Bereich Sport. Mehr als 120 Leute werden zum Jahresende doch ausgeschieden sein. Wenn man das einfach mal hochrechnet auf 30 Stunden, 8,50 Euro die Stunde, wenn wir es selber machen, sind wir bei Millionensummen, die uns der Aufwand kosten würde, wenn wir ihn selber betreiben möchten. Das zu den Fragen der Auswirkungen, die da kommen. Das ist sicherlich in anderen Bereichen, Kita ist angesprochen worden *unverständlich* auch so.

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Jahr 2015 berührt auf der Tatsache, nur diese 1,1 Mio. Euro zur Verfügung zu haben. Diese 1,1 Mio. Euro reichen untern Strich aus, das festangestellte Personal zu finanzieren und nicht mehr. Alles andere

muss fremd abgewählt werden.

Das ist erst mal Stand der Dinge.

Bei dem Wirtschaftsplan gehen wir davon aus, in Absprache mit dem Jobcenter, dass das Jobcenter in einer Planung ist mit mehr als 680 Maßnahmeplätzen für das Jahr 2015 zu gehen und wir dann davon 250 auf jeden Fall umsetzen. Das ist die Grundsubstanz, die Herr Neumann vorhin angedeutet hat.

Und bei allen anderen, so Leid es mir tut, müssen wir die Belegung des operativen Programmes . . . .

Ich halte das jetzt mal hoch, da kann man es vielleicht sehen. Sie sehen hier ein buntes Blatt. Das ist das Blatt der potentiellen Maßnahmen und Projekte, die im Moment im Umlauf sind. Davon ist nur ein einziges grün. Das sind nämlich die Maßnahmen, die das Jobcenter bewilligt. Und da gibt es auch die Absprache und das Signal, dass es umsetzbar ist.

Dann sind zwei gelbe Projekte da drauf. Das sind das Projekt *unverständlich* Familiencoaching, die zurzeit noch bis Mitte des nächsten Jahres laufen und auch durchfinanziert sind. Diese Projekte sind avisiert, dass sie fortgesetzt werden.

Und dann gibt es eine ganze Menge rote Projekte. Das sind Projekte, wo hier die Richtlinien bekannt sind, . . . . .

Die sind also auf den Weg gebracht, sind aber abhängig von der . . . . aus Brüssel. Davon ist, was Frau Hintz gerade sagte, eins gerade letzte Woche im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Das ist der sogenannte, ich nenne es mal so, Kostenzuschuss für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser in Unternehmen. Das ist tatsächlich an Förderung direkt

an Unternehmen gerichtet und nicht an die öffentlichen Träger, wie Vereine, Verbände, Kommunen. Da müssen wir auch unterscheiden, sicherlich können wir als Unternehmen Stadt auch an diesen partizipieren. Es sind aber ganz andere Dinge, da können wir darüber reden, ob wir als Stadt wenn wir da irgendwelche Leute einzustellen haben das auch über dieses Instrument machen. Aber das ist kein Förderinstrument vergleichbar mit Bürgerarbeit etc.. Stichwort Gelsenkirchener Appel. Gelsenkirchener Appel ist die Zusage der Bundesregierung darüber nachzudenken, die zehn Kommunen in Deutschland, die die höchsten *unverständlich* des SGB II zu haben als Sonderprogramm aufzulegen. Zu den zehn Kommunen zählt die Stadt Halle. Wir sind da auf dem Weg auf Platz sieben.

Dies sieht vor einen ganz klaren Passiv-, Aktivtausch. Das heißt, wir auch als Kommune müssen wir echtes Geld in die Hand nehmen, wenn ich echt *unverständlich* . . . . .

. . . . damit für diese Menschen regulärer Lohn gezahlt werden kann, die dann aus dem Leistungsbezug herausfallen.

Das sind die Diskussionen, die zurzeit geführt werden. Leider Gottes sind wir mit dem Wechsel des operativen Programms an einer Schnittstelle, wo wir ganz viel Ungewissheit haben. Für die gibt es jetzt noch drei andere Fördermodelle *unverständlich* habe ich heute Regressbegründung unterschrieben. Im Arbeitsmarktprogramm für Migranten und Stadtumbau, regionales Übergangsmanagement, Schnittstelle Schule und Beruf etc. benennen.

Das sind die Dinge, die uns im Moment umtreiben. Dafür haben wir eine kleine Spritze eingeplant, um uns im nächsten Jahr überhaupt bewegen zu können. Ich gehe allerdings auch davon aus, dass wir irgendwann dann auch kommen werden und sagen, das liegt auf dem Tisch und wir müssen hier neue Entscheidungen treffen. Das müssten wir sicherlich tun.

Letzter Satz vielleicht von mir. Auch da wird sich strukturell noch was ändern. Das Land plant zurzeit eine Regionalisierung sämtlicher ESF-Mittel. Auch da werden wir uns aufstellen müssen. Auch da sind wir bereits in den Vorbereitungen zu gucken, wie wir uns da positionieren und hinstellen. Wahrscheinlich regt dann also dann an, zu sagen dass wir entscheiden können, welche Schwerpunkte setzen wir bei der Vergabe der ESF-Mittel.

Dies ist eingeplant. 250 Plätze mit dem Jobcenter sind geplant. Die sind auch untersetzt. Sogar schon maßnahmegenaue und betraggenaue.

Das ist geplant, das ist leistbar. Alles was darüber hinausgeht, geht derzeit mit dem Budget nicht weiter.

**Herr Dr. Meerheim**

Dann können wir ja zur Beschlussfassung kommen. Wie schön.

Wer dem Tagesordnungspunkt 5.2 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen.

**Abstimmungsergebnis:**                      einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2015 wird bestätigt.

**zu 5.3 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2014/00297**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Kita.

Keine Fragen. Wer zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen.  
Alle. Danke.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt:

Jahresfehlbetrag:	83.702,42 €
Bilanzsumme:	41.201.259,84 €.

2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2013 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 83.702,42 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

**zu 5.4 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2014/00321**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten  
Zustimmung, danke, dann ist dem so.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich IV  
Vorlage: VI/2014/00377**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014.

Keine Fragen? Wunderbar.

Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ja kann die Verwaltung noch mal die Zahl auf der Seite 5 genauer darstellen. Hier steht der Ansatz laut Haushaltsplan 2014. Da habe ich nicht alle Zahlen im Haushaltsplan, wie er uns aus der Septembefassung vorliegt, gefunden. Wir haben gesucht, aber es ist nicht alles plausibel.

Beispielsweise die Hilfe zur Erziehung für Minderjährige. Da steht im Haushaltsansatz 1,45 Mio. und Sie haben hier als Summe 500.000 genannt. Vielleicht kann Herr Geier etwas dazu sagen?

**Herr Bürgermeister Geier**

Ich gebe gerne weiter an meinen Kollegen im Fachdezernat.

**Herr Beigeordneter Kogge**

Wir versuchen jetzt gerade mal die Frage gleich zu ordnen und suchen Ihnen gleich die richtige Stelle raus. Zwei Minuten, bitte.

**Herr Cierpinski**

Ich kann auch mal gern die Seitenzahlen sagen. Einmal die Seite 991 im Haushaltsplan. Und dann, was die Steuern allgemein, die Grundsteuer B und die Einkommenssteuer angeht, die Seite 1.164.

**Herr Beigeordneter Kogge**

Die Einkommenssteuer können wir nicht beantworten. Da würde ich dann an Dezernat I geben.

Aber die Frage zur Jugendhilfe, Hilfe zur Erziehung, da ist die richtige Seite, Moment . . . . .

*Zwischenrufe . . .*

**Frau Simon**

Was man deutlich sagen muss, dass man in unserem Haushaltsplan ja grundsätzlich die Produkte sieht. Sie sehen es ja nicht runterdekliniert bis zur Kostenart. Und deshalb vermute ich, dass wir jetzt deshalb die Differenz haben.

Ich habe jetzt den neuen Haushaltsplan mit. Wenn wir da in den Bereich gucken, Hilfen zur Erziehung, sehen Sie das Produkt und sehen dort das untergliedert nach Transferaufwendungen, nach Personalaufwendungen und so weiter. Aber Sie sehen es nicht bis in jede Kostenart.

**Herr Beigeordneter Kogge**

Herr Sattler können Sie uns da grad helfen?

**Herr Sattler**

Also wenn ich gleich ergänzen darf. Das sind ja hier, was hier aufgestellt ist, die Erträge. Also sozusagen jeweils die Einnahmen. Und im Haushaltsplan *unverständlich*

Das heißt, wenn man mal auf der Seite 5 schaut, die 42210100 ist ein Unterkonto, das findet man so im Produkthaushalt nicht wieder.

Das heißt, dort sind nur die zusammengefassten Beträge. Und hier ist wirklich bis auf das Unterkonto runtergebrochen.

**Herr Cierpinski**

O. k., vielen Dank.

**Herr Dr. Meerheim**

Keine weiteren Fragen? Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Wer der Beschlussfassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

Danke, war das auch eine Zustimmung? Dann ist es einstimmig geschehen.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 für folgende Produkte:

1.) 1.31101 Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)

Sachkonten 53310100/ 73310100 und 53320100/ 73320100 Leistungen der Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen in Höhe von **495.700 Euro**

2.) 1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige (HzE)

Sachkonten 53310200/ 73310200 und 53320200/ 73320200 Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen in Höhe von **1.924.584 Euro**.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Produkten/ Leistungen:

1.31201.06 Leistungen nach dem SGB II, Kommunaler Finanzausgleich

Sachkonto 44840000/ 64840000 Erträge aus Kostenerstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich in Höhe von **860.273 Euro**

1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige

Sachkonten 42210100/ 62210100 Kostenbeiträge und Aufwandsersatz in Einrichtungen in Höhe von **441.264 Euro**;

4225000/ 62250000 Rückzahlung gewährter Hilfen in Höhe von **18.747 Euro**

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Sachkonten 40120000/ 60120000 Grundsteuer B in Höhe von **150.000 Euro**;

40210000/ 60210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von **525.000 Euro**;

40310000/ 60310000 Vergnügungssteuer in Höhe von **425.000 Euro**.

**zu 5.6 Genehmigung außerplanmäßiger Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014 für Baumaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt**  
**Vorlage: VI/2014/00317**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Nächster Tagesordnungspunkt 5.6, Genehmigung außerplanmäßiger Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden.

Keine Fragen? Dann kommen wir zur Beschlussfassung.

Wer dem Tagesordnungspunkt 5.6 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist ebenfalls einstimmig.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt zur Beseitigung von Hochwasserschäden die außerplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014 für nachfolgende Baumaßnahmen in den PSP-Elementen/ Sachkonten:

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| 1) 8.54101063.700/78527777<br>HW Nr. 178 Fritz-Kießling-Straße/ Wilhelm-Grothe-Straße | i.H.v. <b>130.000 €</b> |
| 2) 8.54101065.700/78527777<br>HW Nr. 266 Riveufer                                     | i.H.v. <b>110.000 €</b> |

5.7 ist nicht mehr auf der Tagesordnung.

**zu 5.8 Ergänzung des Baubeschlusses: Baubeschluss zum Ausbau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges zwischen Halle-Osendorf und Stadtgrenze in Richtung Döllnitz einschließlich Brücke über die Reide**  
**Beschluss                  Nr.                  V/2012/11318                  vom                  17.01.2013**  
**(Grundsatzbeschlusses                  IV/2009/07873                  vom                  09.04.2009)**  
**Vorlage: VI/2014/00249**

---

**Herr Dr. Meerheim**

5.8 Ergänzung des Baubeschlusses straßenbegleitender Geh- und Radwege.

Möchte sich dazu jemand äußern?

Sehe ich auch nicht. Dann kommen wir zum Abstimmen. Wer dem zustimmen kann, bitte ich um das Handzeichen. Danke, dann ist das so genehmigt und beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Vergabeausschuss beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Maßnahme straßenbegleitender Radweg zwischen Osendorf und Stadtgrenze einschließlich Brücke über die Reide mit der Erhöhung der Kosten um 243.100 Euro.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Ausschreibung der Bauleistung Radweg zwischen Osendorf und Stadtgrenze in Höhe von 185.500 Euro PSP 7.660072.700.200/ 78520200. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus der Minderanspruchnahme der geplanten Verpflichtungsermächtigung für die Reidebachbrücke Kanena (BW 079) PSP 8.54201010.700.200/ 78520200.

**zu 5.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme Ratswerder zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014**  
**Vorlage: VI/2014/00115**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Dann Tagesordnungspunkt 5.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme Ratswerder.

Keine Fragen? Dann setzte ich gleich das Abstimmungsverhalten wie eben gerade voraus.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, beschließt die Mehrauszahlung im Haushaltsjahr 2014 für die Planungsleistungen zur Baumaßnahme Ratswerder zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 126) in Höhe von **120.000 EUR** aus dem PSP-Element 8.54101045.700/ 78527777 HW Nr. 126 Ratswerder.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.54101045.705/ 68117777 in Höhe von **120.000 EUR**.

**zu 5.10 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für den Erwerb eines Grundstückes durch die Stadt Halle (Saale) für die Nutzung als Berufsschulgebäude**  
**Vorlage: VI/2014/00275**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Und wir sind beim Tagesordnungspunkt 5.10 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Erwerb eines Grundstückes durch die Stadt Halle (Saale) für die Nutzung als Berufsschulgebäude.

**Frau Dr. Brock**

Eigentlich kann das ja nur beschlossen, sagen wir mal, es kann nur Beschluss unter Vorbehalt sein, weil wir ja eigentlich dafür die 5.11 beschlossen haben müssten.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, das ist formal logisch richtig.

**Frau Dr. Brock**

Danke.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Kogge

**Herr Beigeordneter Kogge**

Ja, aber da die Umsetzung sowieso einige Zeit braucht, können Sie beschließen. Sonst schlimmstenfalls die Sache stoppen.

**Herr Dr. Meerheim**

Wir können das beschließen und wenn die Schulentwicklungsplanung nicht beschlossen würde, dann müsste dieser Beschluss natürlich aufgehoben werden. Da gäbe es keine Grundlage dafür mehr.

**Frau Dr. Bock**

Und es gibt ja im Moment noch verschiedene Einschätzungen. Insofern muss man einfach gucken, wie es dann wird.

**Herr Dr. Meerheim**

Dieses Standortes?

**Frau Dr. Brock**

Nein, nicht des Standortes, des Umgangs mit dem Standort.

**Herr Dr. Meerheim**

Ach so, mit dem Ablauf.

**Frau Dr. Brock**

Ja.

**Herr Dr. Meerheim**

Gut, können wir . . . Herr Wolter bitte.

**Herr Wolter**

Ich habe nur eine Frage zum Deckungsnachweis auf Seite 3. Da wird jetzt ausgeführt, dass die Maßnahme ja voraussichtlich erst im November dieses Jahres zu rechnen ist und die

Ausschreibung Baumaßnahme zeitlich nicht mehr 2014 umsetzbar wäre, verwenden wir die VE.

Jetzt ist ja klar, dass wir die VE setzen, aber die Wirksamkeit auch erst 2015 kommt. Das ist für mich die Frage. Wie ist denn da gesichert, dass die Maßnahme, dann die Baumaßnahme stattfinden kann? Also das ist für mich von der Logik her, frage ich mich, uns interessiert ja auch die Baumaßnahme.

**Herr Dr. Meerheim**

Wer kann da?

**Herr Wolter**

Ist die damit gefährdet jetzt?

**Herr Bürgermeister Geier**

Nein, im Gegenteil, dadurch dass ich diese VE jetzt so setze, können diese Bauaufträge jetzt schon unterschrieben werden und die Bauausführung in 2015 stattfinden.

**Herr Dr. Meerheim**

Richtig.

**Herr Wolter**

Ich meine jetzt aber die Thomasiusstraße sozusagen. Der Deckungsvorschlag, dass der gesichert bleibt.

Mir geht es jetzt sozusagen nicht um den Erwerb des Grundstückes, sondern mir geht es sozusagen darum, hier ist ja ein Deckungsvorschlag gemacht, der erst 2015 wirksam wird, deswegen können wir die VE jetzt ziehen in 2014, so ist die Erläuterung.

**Herr Bürgermeister Geier**

Richtig.

**Herr Wolter**

Ich würde gern wissen, ist das gesichert, dass die Thomasiusstraße dann sozusagen weiterhin stattfinden kann?

**Herr Bürgermeister Geier**

Meines Erachtens ja.

**Herr Wolter**

Und wenn sie denn stattfindet, es ist doch so, dass wir das Grundstück nicht mehr 2014 erwerben? Oder wollen Sie das noch 2014 erwerben?

**Herr Bürgermeister Geier**

Herr Heinz.

**Herr Heinz**

Es ist folgendes. Wir haben eine VE auf den Grunderwerb und das heißt, wir wollen und müssen den Kaufvertrag noch in diesem Jahr abschließen um VE kassenwirksam zu bezahlen *unverständlich* wird der Kaufpreis erst Anfang 2015.

**Herr Dr. Meerheim**

Dann brauche ich aber keine VE.

**Herr Heinz**

Wenn ich den Kaufvertrag abschließen und ich habe keine Deckung im Haushalt, dann brauche ich eine VE von diesem Jahr.

Ich kaufe das Grundstück mit einer VE in diesem Jahr. *Unverständlich* aus dieser Straße, denn die scheint sich so zu verzögern, dass die Maßnahme nicht gefährdet ist, aber sie wird in diesem Jahr nicht mehr vertraglich gebunden. Ich kaufe das Grundstück ab mit einer VE in diesem Jahr. Und ein anderer Punkt, den ich hier noch einflechten will, ist damit zu rechnen . . . . wir reden ja über die 200.000 Euro das zu ertüchtigen. Mal gucken wie wir das abbilden können, wie das überhaupt in das Budget passt. *unverständlich*

**Herr Dr. Meerheim**

Die Frage war noch mal, was wird mit der Thomasiusstraße. Kann die trotzdem . . . .

**Herr Wolter**

Er hat es im Nebensatz gesagt, . . . . .

**Herr Heinz**

Die Thomasiusstraße . . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Aber ich habe ja 180.000 Euro dann im nächsten Jahr weniger zur Verfügung.

**Herr Wolter**

Genau.

**Herr Bürgermeister Geier**

Die VE hat doch nur den Sinn, dass ich vorzeitig Verträge abschließen kann. Wenn wir jetzt im Jahr 2014 . . . .

*Zwischenrufe*

**Herr Dr. Meerheim**

Das muss doch jetzt drin sein. Wenn der Finanzplan vorliegt . . . . ist es dann drin in 15?

**Herr Bürgermeister Geier**

Natürlich

**Herr Wolter**

Wenn es in 15 drin ist brauchen wir keine VE.

**Herr Bürgermeister Geier**

Doch. Es war doch von der Bauverwaltung angezeigt, dass die vorzeitig Verträge abschließen wollen. Und immer dann, wenn eine VE eingeplant wird, muss ich in der folgenden Finanzplanung der Folgejahre auch die entsprechenden Zahlungen haushaltsmäßig absichern. Das ist generell der Grundgedanke bei VE.

Und jetzt ist es so, dass die Bauverwaltung angezeigt hat, dass sie dieses Jahr keine Verträge zeitlich vorgezogen mehr abschließt, aber trotzdem die Bereitstellung dieser 180.000 für die Thomasiusstraße natürlich eingeplant ist in 2015. Deshalb kann man das quasi zur Ermächtigung des Vertragsabschlusses für den Vorgang hier entsprechend umschichten.

**Herr Dr. Meerheim**

Also gibt oder gab es keinen Vorgang im Haushaltsplan 2015, der die Kosten in Höhe von 180.000 abdeckt, planmäßig?

**Herr Wolter**

Genau, das war meine Frage.

**Herr Dr. Meerheim**

Für 2015

**Herr Bürgermeister Geier**

Thomasiusstraße?

**Herr Dr. Meerheim**

Nein, für den Erwerb.

**Herr Bürgermeister Geier**

Für den Erwerb nicht.

**Herr Dr. Meerheim**

Genau, gibt es keine. Da ist nix drin, also in der Höhe 180.000 Euro. Ansonsten könnten Sie ja von dort die VE bilden und könnten sagen, gib mir mal das Geld jetzt schon, auf dem Papier.

Das heißt, Sie haben dann 2015 zwei Auszahlungen. Wir müssen die 180 dann zusätzlich abbilden planungstechnisch.

**Herr Bürgermeister Geier**

Richtig.

**Herr Dr. Meerheim**

Also wenn ich die 607 weiter zur Verfügung haben will, für Thomasius, weil ich ausbaue, muss ich die 180 zusätzlich zur Verfügung stellen. Nur noch mal zur Erinnerung.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung wenn es keine weiteren Fragen gibt. Wer dem zustimmen kann, den möchte ich um sein Handzeichen bitten. Danke, das ist einstimmig so geschehen.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für den Erwerb eines Grundstückes durch die Stadt Halle (Saale) für die Nutzung als Berufsschulgebäude in Höhe von **180.000 €** aus dem PSP-Element 8.11126001.735/ Sachkonto 78210000.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung 2014 aus dem PSP-Element 7.660057.700.200 Thomasiusstraße/ Sachkonto 78520200 Tiefbauleistungen in Höhe von **180.000 €**.

- zu 5.11    **1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)**
- 2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21. Vorlage: V/2014/12788**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5.11.

Das ist jetzt die Frage, Herr Kogge?

**Herr Beigeordneter Kogge**

Also meine Frage eigentlich an den Ausschuss ist folgendermaßen. Eigentlich haben Sie immer die Vorlage des Bildungsausschusses, wenn der beschlossen wurde, dann nachher zur Kenntnis genommen und ich sage mal, die wohlwollend weitergegeben. Ich frage, ob Sie, weil sonst quasi die Ausschussreihenfolge nicht zutreffen würde, beim nächsten Mal, also jetzt in diesem Jahr, auf eine Mitwirkung an der Stelle verzichten und die Vorlage dann direkt aus dem Bildungsausschuss in Richtung Stadtrat laufen kann?

Das war die Frage, die ich gehört habe, die auch mit Ihnen scheinbar schon mal diskutiert worden ist. Wenn es anders ist, tut es mir leid, aber ich habe es so gehört.

Der eine Ausschuss hat das schon beschlossen, und zwar der Jugendhilfeausschuss hat dem schon so Folge geleistet. Er hat gesagt, gut, wir diskutieren diesmal nicht drüber, weil wir sowas in der Regel durchgewunken haben und die Auswirkung, ich sage es mal, für die Jugendhilfe gering war.

Hier quasi wäre die Situation, dass wir sagen können, finanziell sind die Beschlüsse sowieso nachher alle Einzelbeschlüsse, haben also nicht direkt Einfluss hier. Wenn Sie möchten, wäre es sinnvoll, damit wir quasi nicht *unverständlich* dass wir hier quasi auf eine Mitwirkung in diesem Jahr ausnahmsweise verzichten. Das steht zwar auf der Forderung drauf, das würde ich so vermerken können und könnte es dann . . . . .

Der Bildungsausschuss ist am 16.12, dann würde quasi die Zeit sehr knapp zum Stadtrat.

**Herr Dr. Meerheim**

Das wäre äußerst knapp, ja.

Ich habe auch keine Lust, noch eine Sondersitzung zu machen, das steht außer Frage. Wir haben das dieses Jahr schon absolviert, sowohl im zeitigen kalten Frühjahr oder Winter und jetzt im Herbst auch. Das reicht.

Ich würde sagen, Sie schicken uns bis nächsten Montag mal die Auswirkungen des jetzt ausgehandelten Gipfelergebnisses, also die finanziellen Auswirkungen, mal kompakt dargestellt. Und dann würde sicherlich der Finanzausschuss damit leben können, dass wir dieses Mal großzügig verzichten.

Sollten wir anhand der Zahlen noch irgendwelche Fragen haben, wäre das ja theoretisch noch möglich, im Bildungsausschuss einfließen zu lassen.

Aber da sollten wir am Freitag die Zahlen auf dem Tisch liegen haben, denn dann muss man ja am Wochenende noch mal draufgucken. Montag sind die Fraktionssitzungen, Dienstag wäre dann der Ausschuss.

Ja, Sie sind bitte so freundlich, uns das bis zum Freitag zukommen zu lassen, an alle Finanzausschussmitglieder.

**Herr Beigeordneter Kogge**

Das Ergebnis Schulgipfel ist schon drin. Die Frage der finanziellen Auswirkungen...

**Herr Dr. Meerheim**

Nur dafür sind wir ja eigentlich zuständig.

Sind die Mitglieder des Finanzausschusses damit einverstanden mit einem solchen Vorgehen?

Ja. Dann sei es so. Dann werde wir das heute auch nicht behandeln.

**Abstimmungsergebnis:                      beraten**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 vom 29.01.2014 (Vorlage Nr. V/2013/11910) zuzüglich der Umsetzung/des Abschlusses einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, wie folgt:

1.1 Vorbehaltlich der Sanierung des neuen Standortes erfolgt die Fusion der Schulen

Förderschule Makarenko  
Trakehner Straße 1  
06124 Halle (Saale),

Förderschule Fröbel  
Wolfgang-Borchert-Straße 40  
06126 Halle (Saale)

und

Sprachheilschule „Albert Liebmann“  
Harzgeroder Straße 65  
06124 Halle (Saale)

am Standort

~~Carl-Schorlemmer-Ring 62/64~~ **Harzgeroder Str. 63/65**  
~~06122~~ **06124** Halle (Saale)

Name der neuen Schule:                      Förderschulzentrum für Lernen und Sprachentwicklung  
(bis auf Widerruf)                              Halle-Neustadt

Zeitpunkt der Fusion:                              Mit Beginn des, auf den Abschluss der Sanierung des  
Standortes Carl-Schorlemmer-Ring, folgenden  
Schuljahres.

Die Umsetzung der Fusion bedarf der Bestätigung des Beschlusses im Rahmen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr, in dem die Fusion vollzogen werden soll.

1.2 Vorbehaltlich der Sanierung des neuen Standortes erfolgt die Fusion der Grundschulen

Grundschule „Wolfgang Borchert“  
Wolfgang-Borchert-Straße 42  
06126 Halle (Saale)

und

Grundschule am Zollrain  
Harzgeroder Straße 63  
06124 Halle (Saale)

am Standort

Wolfgang-Borchert-Straße 40/42

06126 Halle (Saale)

Name der neuen Schule: Grundschule Westliche Neustadt  
(bis auf Widerruf)

Zeitpunkt der Fusion: Mit Beginn des, auf den Abschluss der Sanierung des Standortes Wolfgang-Borchert-Straße, folgenden Schuljahres.

Die Umsetzung der Fusion bedarf der Bestätigung des Beschlusses im Rahmen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr, in dem die Fusion vollzogen werden soll.

1.3 Das Schulobjekt Heinrich-Pera-Straße 13 (Glauchaschule) wird als Grundschulstandort mit integriertem Hortstandort reaktiviert. Die Eröffnung der neuen Grundschule erfolgt, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab Schuljahr 2017/18.

1.4 Der Schulstandort Gutjahrstraße 1 der BbS „Gutjahr“ wird aufgelöst. Die an diesem Standort bisher beschulten Bildungsgänge werden ab Schuljahr ~~2017/18~~ **2015/16** am Hauptstandort der BbS „Gutjahr“ An der Schwimmhalle 3 fortgeführt werden.

1.5 Die Nutzung des Standortes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße wird **ab Schuljahr 2017/18** geändert. Nach Auszug der Berufsbildenden Schulen wird der Standort als Standort einer allgemeinbildenden Schule geführt.

1.6 Vorbehaltlich der Umsetzung ~~der des~~ Beschlusspunktes ~~1.1 1.4 und 1.2~~ wird die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ zum Schuljahr ~~2020/21~~ **2017/18** an den Standort ~~Harzgeroder Straße 63/65~~ **Carl-Schorlemmer-Ring 62/64** umgesetzt.

1.7 Am Standort ~~Rigaer Str. 1 a~~ **Oleariusstraße 7** wird zur Deckung des Bedarfes für die Schulform Gymnasium beginnend ab Schuljahr 2015/16 ein neues 4-zügiges allgemeines und- kommunal geführtes Gymnasiums eröffnet.. Der Name der neuen Schule ist bis auf Widerruf „Neues städtisches Gymnasium“

~~Bis zum Schuljahr 2019/20 wird das Neue städtische Gymnasium an den Standort Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße umgesetzt.~~

1.8 Am Standort ~~Ottestraße 25~~ **Rigaer Straße 1 a** wird zur Deckung des Bedarfes für die Schulform Gesamtschule beginnend ab dem Schuljahr 2015/16 eine kommunal geführte vierzügige Integrierte Gesamtschule eröffnet.. Der Name der neuen Schule ist bis auf Widerruf „Zweite Integrierte Gesamtschule Halle“.

1.9 Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschulstandorte werden nachfolgenden Schulbezirksveränderungen vorgenommen:

a) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule „Wolfgang Borchert“ und der Grundschule Nietleben.

Ab Schuljahr 2017/18 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule „Wolfgang Borchert“ zugeordneten Straßen

Hemingwaystraße  
Daniel- Defoe-Straße  
Stanislaw- Lem- Weg und  
Ibsenweg

dem Schulbezirk der Grundschule Nietleben zugeordnet.

- b) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule Radewell und der Grundschule Friedensschule.

Ab Schuljahr 2017/18 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule Friedensschule zugeordneten Straßen

Chemiestraße  
Camillo- Irmischer- Straße  
Eisenbahnstraße  
Gottfried- Lindner- Straße  
Horst- Heilmann- Straße Nr. 8a - 24  
Hohe Straße  
Karl- Peter- Straße  
Leo- Herwegen- Straße  
Merseburger Straße Nr. 359 – 445 ungerade  
Schachtstraße  
Willi- Brundert- Straße

dem Schulbezirk der Grundschule Radewell zugeordnet.

- c) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule Friedensschule und der Grundschule Silberwald.

Ab Schuljahr 2018/19 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule Silberwald zugeordneten Straßen

Robinienweg  
Am Rosengarten  
Guldenstraße

dem Schulbezirk der Grundschule Friedensschule zugeordnet.

**1.10 Der Standort Ottostraße 25 wird der KGS "Ulrich von Hutten" zugeordnet. eingerichtet. Der jetzige Standort Liebenauer Straße 119 der KGS "Ulrich von Hutten" wird schrittweise an den Standort Ottostraße umgesetzt. Nach dem Umzug wird der Standort Liebenauer Straße 119 geschlossen und an den Fachbereich Immobilien und Bewirtschaftungsmanagement übergeben.**

**2.11 Die Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 des Gymnasialteiles der KGS „Wilhelm von Humboldt wird ab Schuljahr 2015/16 auf 3 Klassen festgelegt.**

2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der 1. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes sowie des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 vom 29.01.2014 und des darin ausgewiesenen Bedarfes an neuen Schulgebäuden sowie dem Sanierungsbedarf von Schulanlagen und Schulgebäuden für den Planungszeitraum des Schulentwicklungsplanes zuzüglich einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum nachfolgenden Schuljahren, folgende Maßnahmen:

2.1 In Verbindung mit Beschlusspunkt 1.1 ist der Standort ~~Carl-Schorlemmer-Ring 62/64~~ **Harzgeroder Str. 63/65** bis zum Schuljahr ~~2018/19~~ **2019/20** zu sanieren und für die Nutzung als Schulstandort des Förderschulzentrums herzurichten.

- 2.2 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.2 ist der Standort Wolfgang-Borchert-Straße 40/42 bis zum Beginn des Schuljahres ~~2019/20~~ **2018/19** zu sanieren und für die Nutzung als Grundschulstandort mit integrierter Hortnutzung herzurichten.
- 2.3 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.3 ist der Standort Heinrich-Pera-Straße zu sanieren und für die Nutzung als Grundschulstandort mit integrierter Hortnutzung herzurichten.
- 2.4 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.4 sind zur räumlichen Sicherung am Hauptstandort der BbS „Gutjahr“ durch Erwerb ~~der einer Immobilie~~ (ehemalige Berufsschule des DVZ Halle, **Am Stadion 7**) weitere Unterrichtsräume der BbS zuzuordnen und für die Aufnahme der Bildungsgänge aus dem Standort Gutjahrstraße 1 bis zum Beginn des Schuljahres ~~2017/18~~ **2015/16** zur Nutzung herzurichten.
- 2.5 Nach Freilassung des Objektes Gutjahrstraße 1 (vgl. 1.5) **wird die Nutzung der Räumlichkeiten im Schulgebäude Oleariusstraße 7 durch die BbS III in das Schulgebäude Gurjahrstraße 1 verlagert. Gleichzeitig erfolgt die Herrichtung des Schulgebäudes Gutjahrstraße 1 für die Nutzung als Gymnasialstandort schrittweise während der Nutzung durch die BbS III.** ~~ist die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ befristet bis zum Umzug in die Harzgeroder Straße 63/65 in das Schulgebäude Gutjahrstraße 1 umzusetzen.~~
- 2.6 Das Schulgebäude Dreyhauptstraße ist **nach Auszug der BbS III bis zum Beginn des Schuljahres 2020/21 2018/19 für die Nutzung als Gymnasialstandort** zu sanieren. ~~Im Anschluss an den Umzug der BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ in die Harzgeroder Straße (vgl. 1.6), ist das Schulgebäude Gutjahrstraße 1 zu sanieren.~~
- Der Gesamtkomplex der Schulgebäude Gutjahrstraße 1/Dreyhauptstraße 1/ Oleariusstraße 7 ist für die gemeinsame Nutzung als Gymnasialstandort für ein 4-zügiges Gymnasium und die Volkshochschule herzurichten.
- 2.7 Zur Sicherung des Schulbetriebes ist bis zum Einzug des neuen Gymnasiums **in das Schulgebäude Gutjahrstraße 1** zum Schuljahr ~~2019/20~~ **2017/18** im Umfeld des Standortes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße der Bau einer neuen Dreifeldturnhalle sowie die Zuordnung von zusätzlichen Flächen als Pausenhof-flächen für das Gymnasium zu prüfen und sofern möglich zu planen und anzuschließen.
- 2.8 ~~In Verbindung mit~~ Zur Sicherung der Umsetzung des Beschlusspunktes 1.6 ~~der Umsetzung des Punktes 1.5~~ ist der Standort Harzgeroder Straße **Carl-Schorlemmer-Ring 62/64** ~~63/65, nach Auszug der Förderschule „Albert Liebmann“ und der Grundschule am Zollrain,~~ bis zum Beginn des Schuljahres ~~2020/21~~ **2017/18** zu sanieren und für die Bedingungen zur Nutzung durch die BbS III herzurichten.
- 2.9 Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2014 zu prüfen, welche neuen Standorte für die Zweite Integrierte Gesamtschule als dauerhafter Standort genutzt werden können. Das Ergebnis der Standortprüfungen ist dem Stadtrat im I. Quartal 2015 zur Kenntnis zu geben.
- 2.10 Mit der Beschlussfassung zu den Punkten 2.1, 2.2, 2.5, 2.6 und 2.8 wird die Verwaltung beauftragt, Anträge auf Förderung im Rahmen des STARK III- Förderprogrammes für diesen Standort vorzubereiten und einzureichen. Bisher vorliegenden Planungen zur Sanierung des Standortes sind zu überarbeiten und der geplanten Nutzung anzupassen.

2.11 Zur langfristigen Sicherung des Gymnasialangebotes in der Stadt wird ~~der Raumbestand des Giebichenstein-Gymnasiums erweitert. Dazu ist, vorbehaltlich~~ eines positiven Baugenehmigungsverfahrens, bis zum Beginn des 2017/18 ein Erweiterungsbau auf angrenzenden Flächen des Schulgrundstückes des Giebichenstein-Gymnasiums „Thomas Müntzer“ errichtet. **Mit dem Erweiterungsbau sollen die Aufgaben der Schülerspeisung und der Ganztagsbetreuung am Giebichenstein-Gymnasium verbessert werden.**

3. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss vom 29.01.2014 (Vorlage-Nr. V/2013/11910) im Wortlaut bezüglich der Beschlusspunkte 2.3 und 2.4 wie folgt zu ändern:

(2.3) neue Fassung

Die Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ ist weiterführende Schule für Schülerinnen und Schüler, die in den Schulbezirken der Grundschule Kastanienallee, der Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich wohnen und ermöglicht, in Kooperation mit dem Christian- Wolff- Gymnasium, alle Schulabschlüsse.

(2.4) neue Fassung

Im Gebiet der genannten Schulbezirke (Grundschule Kastanienallee, Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich - ehemaliger Schulbezirk der Sekundarschule Kastanienallee) wird, aufwachsend ab Klassenstufe 5, keine weitere Sekundarschule vorgehalten.

Schülerinnen und Schüler, die in diesem Gebiet wohnen, können beim Wechsel an die Sekundarschule der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ zugeordnet werden.

Andernfalls erfolgt die Aufnahme in der nahegelegenen Sekundarschule „Heinrich Heine“.

## **zu 5.12    Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten**

**Vorlage: VI/2014/00309**

---

### **Herr Dr. Meerheim**

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5.12 Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten.

Dazu wird eine Vereinbarung, oder soll eine Vereinbarung getroffen werden.

Bitte, Herr Stäglin.

### **Herr Beigeordneter Stäglin**

Wir haben auf der Basis des Stadtratsbeschlusses, der sagt, Stadt erkläre ein Aufweitungsverlangen, dass eine vierspurige Straßenführung auch bei der notwendigen Bahnmaßnahme realisiert wird, entsprechend mit der Bahn die Gespräche geführt, eine Studie erstellen lassen, aus der die Ergebnisse, die in der Vorlage dokumentiert sind, hervorgegangen sind. Nämlich mit dem Ziel, eine für die Stadt kostengünstige

Kreuzungsmaßnahme realisiert bekommen zu können.

Unsere Vorzugsvariante, die Variante 1, setzt auf auf der bisherigen Planung der Deutschen Bahn, die nicht von einem Aufweitungsverlangen ausgegangen ist und erweitert das, was als Fläche für die Fahrbahn erforderlich ist, an die Seiten. Das heißt also für die Nebenanlagen

Fußweg, Radweg, so dass aus der von der Bahn geplanten Einfeldbrücke nun eine Dreifeldbrücke werden könnte.

Und das ist eigentlich Notwendigkeit, weshalb man versucht hatte, im letzten Monat als Dringlichkeitsvorlage und jetzt das Ziel dem Stadtrat am 17.12. beschließen zu lassen.

Wir müssen mit der Bahn insoweit die Planung aufnehmen, weil die Deutsche Bahn, die die Verkehrsprojekte realisieren wollen, bei der entsprechenden Fahrplan-Plangenehmigungsstelle der Deutschen Bahn das Ergebnis und die Sperrungen für 2018 anmelden müssen bis zum 30.09.2015.

Und deswegen ist der Zeitraum so knapp, damit wir wenigstens noch, es sind ja real nur noch sieben bis acht Monate, eigentlich sieben Monate für eine weitere Vorplanung, haben, zusammen mit der Bahn die weiteren Planschritte zu gehen. Deswegen die Notwendigkeit, im Dezember das Votum des Stadtrates zu erreichen.

Hier mit dem Ziel, wirklich Kosten für die Stadt auf Basis des Aufweitungsverlangens so gering wie möglich zu halten. Deswegen die vorgelegte Brückenvariante. Es ist ja noch keine konkrete Planung, sondern eine Variante. Wirklich vielleicht erst mal als ein bisschen Einführung auch noch dazu.

**Herr Dr. Meerheim**

Frau Dr. Brock

**Frau Dr. Brock**

Ich bin erst vor einer Stunde beglückt worden, dass ich hier im Ausschuss sitze. Bin also für diesen Punkt nicht 100 % vorbereitet.

Ich möchte aber gerne ankündigen, dass wir versuchen werden, im Stadtrat diesen aus unserer Sicht Fehler der letzten Legislaturperiode wieder zu heilen und diese Vierspurigkeit insofern zurückzuholen, als dass wir diesen Antrag ablehnen wollen.

Und zwar vor dem Hintergrund erstens der Kosten, die auf die Stadt zukommen. Weil, wenn wir das nicht wollen, dann brauchen wir gar nichts bezahlen, dann zahlt die Bahn das alles. Ja, wir werden das im Stadtrat nochmal ausführlich begründen und ich wollte fairerweise jetzt schon mal ankündigen, dass wir das für einen Fehler hielten, das in der Vergangenheit so beschlossen zu haben und das gerne auf die Art und Weise einkassieren wollen, indem wir eine Mehrheit organisieren wollen, die das ablehnt.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Scholtyssek

**Herr Scholtyssek**

Ja, ich würde jetzt nicht inhaltlich darauf reagieren. Wir sind nicht der Auffassung, dass das ein inhaltlicher Fehler war, den wir da beschlossen haben. Das ist goldrichtig. Sie wollen uns ja nur, ideologisch motiviert, in die Steinzeit zurückbauen.

Wir sind ja eine Großstadt und wir brauchen breite Straßen.

Wir sind der Meinung, dass der Beschluss richtig ist. Wenn Sie sich mit den Leuten unterhalten, auch mit den Auswärtigen, die lachen sich alle kaputt und werden erzählen, die Stadt möchte auf eine Spur zurückbauen. Die verstehen es nicht, die schütteln mit dem Kopf. Wir sollten an der Stelle Vernunft walten lassen und mit Weitsicht bauen.

**Herr Dr. Meerheim**

Da bin ich auch dafür und deswegen stimme ich Frau Brock zu.

**Herr Cierpinski**

Vielleicht noch eine Frage an die Verwaltung. Sie haben ja nun verschiedene Finanzierungsquellen aufgezeigt und mich würde interessieren, ob wir jetzt eine Chance

haben oder ob die Verwaltung das schon geprüft hat, dass wir die Planungskosten, die jetzt als Mehrkosten entstehen, die wir jetzt gerade hier beschließen sollen, seitens des Stadtbahnprogramms geprüft worden? Bis jetzt wurden immer die Kostenträger Deutsche Bahn und Entflechtungsgesetz angegeben. Vielleicht gibt es da eine Chance und wurde das geprüft?

**Herr Beigeordneter Stäglich**

Also Planungskosten, die mit dem Aufweitungsverlangen der Stadt einhergehen und nicht straßenbahnbedingt sind, werden wir nicht über das Stadtbahnprogramm darstellen und abrechnen können.

Die ganze Frage der Schnittstelle mit dem Stadtbahnprogramm ist doch eine Aufgabe, die wir nun im Weiteren genau eine Grenzziehung vornehmen müssen, bis wohin können wir mit der HAVAG, kann die HAVAG wirklich das Stadtbahnprogramm, was ja weiterhin sozusagen runter läuft finanzieren und was ist dann über Entflechtungsmittel als Ziel als Kreuzungsmaßnahme finanzierbar.

Wir werden nicht die planerischen Mehrkosten über Stadtbahnprogramm darstellen können, nein.

In Ergänzung, Frau Foerster noch.

**Frau Foerster**

Vielleicht noch so viel. Da ohnehin *unverständlich*

**Herr Dr. Meerheim**

O.k. Keine weiteren Fragen, Wortmeldungen auch nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Beschlussvorlage 5.12. zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind fünf. Wer ist dagegen? Das sind vier. Dann ist das so erst mal beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

- I. Der Stadtrat stimmt der Variante 1 - Dreifeldbrücke mit einer lichten Nettoweite von 28,60 m – als Vorzugsvariante zur Sicherung eines 4-spurigen Straßenausbaus der Merseburger Straße zu.
- II. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Deutschen Bahn AG für die Gesamtmaßnahme auf dieser Grundlage eine Planungsvereinbarung in Höhe von 416.500,00 Euro abzuschließen.

**zu 5.13    Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA  
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2013  
Vorlage: VI/2014/00051**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Wir sind bei 5.13 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA.

**Frau Dr. Brock**

Da muss ich mal kurz fragen. Ich weiß nicht mehr ganz genau, wie lange ich da drin war. Ich gehe mal sicherheitshalber raus.

**Herr Dr. Meerheim**

Muss nicht sein.

**Frau Dr. Brock**

Ich weiß nicht mehr, wann ich ausgeschieden bin. Deshalb muss ich raus.

**Herr Dr. Meerheim**

Dann nehmen sie nicht an der Abstimmung teil.

Gibt es Fragen zu dieser Beschlussvorlage mit allen ihren Anlagen?

Keine.

Dann bitte ich um Ihre Zustimmung, wenn Sie die Mitglieder des Verwaltungsrates entlasten wollen. Dann ist das einstimmig so geschehen.

Sie können alle wieder an den Tisch zurückkehren.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2013 entlastet.

## **zu 6          Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**Herr Dr. Meerheim**

6.1 ist erledigt.

(Anmerkung: wurde mit den Tagesordnungspunkten 5.1 und 8.1 beraten)

### **Zu 6.2          Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse Vorlage: V/2014/12753**

---

Wir haben einen Antrag 6.2 ohne Inhalt.

Wir haben seit Wochen, seit Monaten immer wieder dasselbe Theater und ich bin es langsam leid, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, wie hier auf die Beschlüsse des Finanzausschusses seitens der Verwaltung reagiert wird.

Wir haben es protokollarisch mehrfach festgehalten, ich habe mal geguckt, in zwei Sitzungen hintereinander.

Wir hatten die Zusage von Frau Ernst, jawohl, wir bringen was zu dieser Thematik. Und es ist ein knapper Monat vergangen und wir sehen uns erneut ohne eine inhaltliche Untersetzung.

*unverständlich*

Das Einzige, was man am Mittwoch im Stadtrat dazu äußern könnte, wäre, eine Missbilligung auszusprechen, weil der Finanzausschuss seit Monaten sozusagen das Thema

unter anderem deswegen vor sich herschiebt, weil die Verwaltung entsprechend der eigenen Selbstzusage nicht arbeitet und der Finanzausschuss deswegen auch nicht inhaltlich diskutieren kann.

Das ist eine deutliche Brüskierung, die hier zum wiederholten Male stattfindet. Das sollten und dürften wir uns eigentlich nicht gefallen lassen.

Insofern wäre es eigentlich ganz gut, wenn wir zu diesem Tagesordnungspunkt etwas beschließen. Nämlich beschließen, eine Missbilligung auszusprechen, weil wir erneut dazu nicht verhandlungsfähig sind. Und diese Missbilligung würde ich dann am Mittwoch als Ausschussvorsitzender, wenn Sie dem zustimmen können, also am Mittwoch im Stadtrat ja auf jeden Fall zur Tagesordnung so mal ansprechen.

Das hat auch nichts mit dem Fall von heute zu tun, also mit dem Todesfall. Aber es hat was mit der Verwaltung zu tun.

Ja bitte, Herr Krause.

**Herr Krause**

Ich würde vorschlagen, bevor wir hier so eine Missbilligung machen, der Verwaltung mal Gelegenheit zu geben, davor im Hauptausschuss dazu was zu sagen. Weil, dann diejenigen sind dann hier, die was sagen können.

**Herr Dr. Meerheim**

Na gut, wir verschieben das. Aber eigentlich ist der zuständige Ausschuss der, der...*Zwischenrufe*

**Herr Krause**

Das ist ja nur ein Vorschlag.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Ich verstehe, wir sind da auch bereit gewesen, das haben auch alle mitgekriegt. Wir haben das wirklich ständig vertagt. Wir haben ja, auch noch mal die Erinnerung, der Oberbürgermeister beim letzten Mal zum Stadtrat nach der konkreten Nachfrage die Zusage erteilt, dass er heute hier mit anwesend ist. Und dass er gemeinsam mit dem Bericht zur Leistungsüberprüfung durch die Prüfstelle des Deutschen Sparkassenverbandes hier einen Vorschlag mit darlegen will. Das war der Punkt.

Und deswegen, ich verstehe das und ich würde mich bedanken bei Herrn Dr. Meerheim. Ich finde, man kann dann gar nicht mehr dazu sagen und ich würde bitten, Sie darüber abstimmen zu lassen.

Weil, jetzt morgen dann noch mal dahin zu gehen in den Hauptausschuss und mir nochmal erklären zu lassen, dass er beim nächsten Mal erscheint, ich habe dazu wenig Vertrauen.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Scholtyssek.

**Herr Scholtyssek**

Ja, vielleicht können wir die Missbilligung unter Vorbehalt beschließen, falls morgen keine sinnvollen Auskünfte zu diesem Thema hervorgebracht werden.

**Herr Dr. Meerheim**

Ich würde es beschließen lassen wollen, dass wir sagen, also wir erteilen hier eine Missbilligung, insofern morgen im Hauptausschuss nicht eine andere . . . .  
wobei dann erfahre ich . . . der Ausschuss, die Finanzausschussmitglieder sind ja nicht im Hauptausschuss, jedenfalls nicht alle, dort vertreten.  
Insofern ändert es an der Tatsache, dass wir jetzt seit Monaten hier bei dem Thema durch die Welt schippern, nicht zu Potte kommen, weil die Verwaltung nicht liefert.

**Herr Wolter**

Dann würde ich den Vorschlag vielleicht doch noch mal sehen, dass wir das morgen letztmalig da ankündigen und das nächste Mal, dann noch mal auf die Tagesordnung holen im Januar.

**Herr Dr. Meerheim**

Ich meine, es bleibt uns ja sowieso nichts übrig. Aber es ist einfach der Tatbestand, dass man sich hier sozusagen . . . . .

*Zwischenrufe*

Bei der anderen, unter 5.1 hatten wir es ja auch vier Monate.  
O. k., wer diesem Vorgehen so zustimmen kann, den würde ich gerne um sein Handzeichen bitten. Danke, das ist einstimmig. Dann wird das so praktiziert. Also wir fragen das morgen nochmal ab und wenn keine Informationen dazu in ausreichender Art und Weise uns gegeben werden können, werden wir dann am Mittwoch nächster Woche so handeln..

**zu 7            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**Herr Dr. Meerheim**

So, dann sind wir bei 7. Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

**zu 8            Mitteilungen**

---

**Herr Dr. Meerheim**

Mitteilungen, gibt es Mitteilungen zu machen?  
Das ist nicht der Fall. Dann sind wir, außer denen, die vorgelegen haben, bei der Beantwortung mündlicher Anfragen.

**zu 8.1        Mitteilung        zum        Konzept        gemäß        Beschluss        V/2013/12272**  
**Vorlage: VI/2014/00479**

---

Die Mitteilung wurde unter TOP 5.1 diskutiert.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Dr. Meerheim**

Wer möchte?

Herr Scholtyssek.

**Herr Scholtyssek**

Ich habe eine Anregung.

## zu 10 Anregungen

---

**Herr Scholtyssek**

Eine Anregung an die Kämmerei. Dass wir die Unterlagen für die Finanzausschusssitzung demnächst rechtzeitig vor der Sitzung erhalten und dass wir vor allem vor Beschluss des Haushaltes im Stadtrat nochmal eine geänderte, aktuelle Fassung des Haushaltes bekommen und nicht nur 103 Änderungsseiten aus dem SAP. Sondern in den Haushalt direkt eingearbeitet, im Produktmodus.

Dass wir also im Stadtrat wissen, was wir da beschließen. Dass alle Änderungen eingearbeitet sind. Es gab ja viele Anfragen, die uns dann zugeschickt wurden, dass auf den Seiten etwas ergänzt wurde, geändert und wir hätten gern einen Haushalt, der dann genau das abbildet, was in den Beratungen passiert ist.

Es muss ja am Ende nachvollziehbar sein, was wir eigentlich beschlossen haben.

**Herr Dr. Meerheim**

Naja gut, ich meine wir haben ja nun schon mehr als hundert Seiten gekriegt. Mir reicht das völlig, ich brauche nicht noch mehr Papier.

Ich glaube, wir hatten uns eigentlich darauf verständigt, dass wir gesagt haben, wir lassen die Verwaltung noch mal den Beschluss des Finanzausschusses sozusagen anfertigen, in richtigen Guss zu bringen. Da ist man gerade dabei. Das heißt in drei Teile, Ergebnis- und Finanzplan einschließlich Investitionsplan und Stellenplan.

Dass diese Änderungen, die da beschlossen wurden, im Finanz- und davor auch im Personalausschuss, dass die zusammengegossen werden, dass die Veränderungen, die schon in den Fachausschüssen diskutiert wurden und dort auch schon mit in den Haushalt eingepflegt wurden, sehen Sie ja auch in dem Deckblatt der Stadtverwaltung mit enthalten. Die Änderungen sind ja dort in dem Deckblatt schon eingearbeitet.

Und Sie sehen es, da haben Sie völlig recht, nicht produktgenau, logischerweise. Weil, das wäre dann wahrscheinlich zu aufwändig.

Dafür, für diese ganze Änderung hatten wir aber bis zur letzten abschließenden Beratung, der sogenannten Bereinigungssitzung des Finanzausschusses, alle Änderungsblätter zugeschickt bekommen. Sowohl als Datei wie in Papierform.

**Herr Scholtyssek**

Ja, einen Tag vorher.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja aber Herr Scholtyssek, die ganze Sache noch einmal zu drucken jetzt.

**Herr Scholtyssek**

Die Frage ist doch, in welche Form reichen wir den Haushalt zur Genehmigung ein?

**Herr Bürgermeister Geier**

In der geänderten Fassung.

**Herr Scholtyssek**

Ja, aber nicht mit tausend Änderungsblättern, sondern kompakt als Haushalt.

**Herr Bürgermeister Geier**

Wenn er beschlossen ist.

**Herr Scholtyssek**

Den wollen wir dann haben.

**Herr Bürgermeister Geier**

Den beschlossenen kriegt Ihr danach.

**Herr Scholtyssek**

Wir wollen aber am Mittwoch auch wissen, über was wir abstimmen.

**Herr Dr. Meerheim**

Herr Scholtyssek, wir haben doch die Änderungen alle erhalten.

**Herr Scholtyssek**

Ja, aber ich verstehe das Problem nicht.

**Frau Dr. Brock**

Herr Ausschussvorsitzender, eine Anregung ist eine Anregung. Die kann man aufnehmen oder nicht.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, man muss sie aber auch ernst nehmen und sich mit ihr auseinandersetzen. Wir wollen ja in einem friedlichen Klima im Ausschuss weiterarbeiten.

**Frau Müller**

Sie haben doch Änderungsblätter, da ist doch jedes Produkt abgebildet, was sich tatsächlich geändert hat im Produkt.

**Herr Scholtyssek**

Ja, nicht die Tabelle Produktseite aus dem Haushalt. Sie müssen es doch für die Genehmigung sowieso ändern.

**Frau Müller**

Ja, ich weiß, aber das ist noch zu aufwändig. Es müssen ja, auf Grund dieser Änderung ergeben sich ja auch unten in den Erläuterungen Änderungen. Es ergeben sich dann Änderungen in dem Vorbericht. Das ganze Zusammenspiel, das muss ja dann . . . .

**Herr Dr. Meerheim**

Das Produkt fängt doch immer mit der Erläuterungsseite an. Manchmal sogar zwei Seiten. Da tauchen dann Tabellen drin auf, wo Zahlen verwendet werden aus diesen einzelnen Konten, die wir dann in dem Produkt sehen.

Ja, die Anregung wurde verstanden. Ich habe ja versucht, eine Brücke zu bauen.

**Herr Scholtyssek**

Sie müssen es doch sowieso machen.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, danach, einmal für die, die es in Papierform haben möchten. Alle anderen kriegen.. . . .

**Herr Scholtyssek**

Vielleicht als pdf?

**Herr Dr. Meerheim**

Also das war jetzt eine Anregung.

Wir sind jetzt am Ende der öffentlichen Sitzung und werden eine kurze Pause zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit einlegen.

*Ende des Wortprotokolls*

---

Egbert Geier  
Bürgermeister

---

Dr. Bodo Meerheim  
Ausschussvorsitzender

---

Yvonne Merker  
Protokollführerin